

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 5. Oktober 1928
10. Jahrgang Nummer 234

Verantw.: täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Verkaufspreis: Inkontingenz 0,60 Mk., monatlich 2,00 Mk., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 Mk., unter Einschluß 3,00 Mk. Einzelnummerpreis: Die sechsseitige Wochenscheite über deren Inhalt 25 Pf., Vereins- und Versammlungsangelegenheiten 25 Pf., Mellesberg: Die dreiseitige Wochenscheite über deren Inhalt 10 Pf. — Inhalt der Inseraten-Annahme: In der Haupt-Expedition 10 Pf.; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlessien und Oberschlessien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzberg Straße 50, Telefon 540 55. Redaktion: Breslau 10, Kreuzberg Straße 50, Telefon 540 55. Sekretariat: Breslau 10, Kreuzberg Straße 50, Telefon 540 55. Druck: „Neubau“ Berlin, Fil. Breslau, Kreuzberg Str. 50.

Polens Kriegsplan gegen die Sowjetunion

Sensationelle Enthüllungen des „Berliner Tageblattes“

In einer der führenden deutschen Tageszeitungen, im „Berliner Tageblatt“, erschien am Donnerstag, dem 4. Oktober 1928, ein Bericht des Bukarester Korrespondenten dieses Blattes über neue Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Die Enthüllungen in diesem Aufsatze: „Vor einer neuen Koalition gegen Rußland?“ tragen geradezu sensationellen Charakter. Die Tatsachen, um die es sich handelt, sind so alarmierend, daß die Arbeiterklasse sofort dazu Stellung nehmen muß. Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger, als daß dieser Korrespondent — die Redaktion des „Berliner Tageblattes“ versteht ihren Bericht mit einer Vorbemerkung, wonach „verifiziert“ wird, daß der Bericht auf „Informationen beruht, die von besonders gut informierter Seite stammen“. — Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion aufdeckt, die bereits weit gediehen sind, die als nächstes Ziel die Vorbereitung der Ukraine aus dem Verband der Union der Sowjetrepubliken und eine weitgehende Schwächung des zurückbleibenden Teiles der Sowjetunion (der Berichterstatter verweist darauf, das Ding beim Namen zu nennen, gemeint ist natürlich der Sturz der Sowjetregierung) zum Programm hat.

Es würde fast lohnenswert sein, den ganzen Aufsatz des „Berliner Tageblattes“ nachzubringen. Aber die revolutionäre Arbeiterpresse ist dazu technisch nicht in der Lage. Wir begnügen uns, die wichtigsten Punkte herauszuheben und wiederzugeben. Der Korrespondent stellt zunächst fest, daß sich das „Geheimnis um Pilsudskis ungewöhnlichen rumänischen Aufenthalt... hinter dem man von allem Anfang an militärische Beweggründe erblicken zu können geglaubt hatte“, im Zusammenhang mit einer ebenso geheimnisvollen Reise eines Intimen des Marschalls Foch, des Generals Le Rond, der schon die Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Südfrankreich und Bulgarien besucht hat, läßt. Diese Reisen sowie die vorangegangenen Reisen des polnischen Generals Sosnowski im Herbst 1927 in Begleitung von polnischen Generälestablen nach Bukarest (... „Es war schon damals nicht schwer abzuschätzen gewesen, daß dieser militärische Besuch dem Ausbau des militärischen Bündnisses zwischen Rumänien und Polen galt...“), ebenso wie die „weittragenden Fortschritte militärischer Besprechungen, die natürlich unter dem Schutze Fochs standen“, beweisen, daß „Frankreich wahrscheinlich die Zeit für gekommen erachtet, seine alten Pläne, die es in der ersten Nachkriegszeit genähert hatte, wieder aufzunehmen und namentlich an den mißglückten Versuch Pilsudskis anzuknüpfen, der bekanntlich den Zweig verfolgte, aus der Ukraine, die heute zum Teil zu Sowjetrußland und zum Teil zu Polen gehört, einen selbständigen ukrainischen Staat zu schaffen. Man erinnert sich, daß dieser Plan, den Frankreich finanzierte, beim Vorstoß auf Kiew an einer militärischen Niederlage gescheitert war.“

Der Korrespondent unterstreicht dann die Wandlung, die dieser Angriffsplan unter den heutigen Verhältnissen erfahren mußte. Die polnische Position des verbündeten Imperialismus Polens, die Lage des rumänischen Verbündeten Frankreichs usw., sie gestatten heute nur — die Schaffung einer selbständigen Ukraine aus jenem Teil des ukrainischen Gebietes, dessen Arbeiter- und Bauernbewohner die volle nationale und soziale Befreiung im Verband der Sowjetrepubliken und gemeinsam mit der russischen Revolution erreicht haben:

„Frankreichs Pläne laufen deshalb heute nur darauf hinaus, aus jenem Teile der sogenannten Ukraine eine selbständige Ukraine zu schaffen, die linksseitig, also südlich vom Dnjestr liegt, und das mit militärischen Mitteln... Frankreichs gegenwärtigen politischen Pläne laufen auf nichts Geringeres hinaus, als darauf, bei einem kriegerischen Unternehmen gegen Sowjetrußland den Sowjetis die wehrfähigen und ukrainischen Gebiete zwischen Dnjestr und Dnjestr, zu denen also die Städte Wladiwostok, Kiew und Odessa gehören, abzunehmen und sie Polen anzugliedern. Aus der übrigen Ukraine aber soll, mit der Hauptstadt Charlow, ein „selbständiger“ ukrainischer Staat geschaffen werden, und das natürlich unter dem Protektorat Frankreichs.“

Dieser ungeheuerliche Plan — ungeheuerlich was die Tragweite des imperialistischen Verbrechens betrifft, aber durchaus nicht etwa phantastisch, sondern zielbewußt und soziales unter allen Angriffsplänen auf die Sowjetunion vom Westen her scheinbar der realpolitischste — wird von dem Korrespondenten gleichzeitig in seinen verzweigten Beziehungen gekennzeichnet — nicht einheitlich sind ja die Interessen der zentral- und osteuropäischen großen und kleinen imperialistischen Länder. Der Korrespondent sagt zunächst richtig, daß ein Ziel, die Schwächung Rußlands, „gleichviel welcher Einstellung“, sei, da es in der Zukunft nach französischer Vorstellung nur „in engster politischer Gemeinschaft mit Deutschland leben müßte“. Dieses „mit Deutschland verbundene Rußland so schwach als möglich zu erhalten, ... war schon 1921 bei Pilsudskis hauptsächlich französischer Aktion leitender Gedanke Pilsudski selbst wurde in

Paris für seine bestialischen Morde in der Ukraine von einem Emissär, es ist in (Hrsg.) 1927 uabunzarogog zenu uapuyuu uauuab in noch verstärktem Maße.“ Wie gesagt, verschleigt der Korrespondent hier absichtlich oder unabsichtlich den klassenmäßigen Plan des Sturzes der Arbeiter- und Bauernregierung. Er zeigt nur die zweifellos vorhandenen außenpolitischen Interessen des französischen Imperialismus auf. „Durch diese Maßnahmen will Frankreich erreichen, erstens zwischen Deutschland und Rußland einen starken Staat, Polen, zu legen, zweitens Rußland wirkungsvoll zu schwächen und drittens durch die Ausschöpfung des reichen Donez-Gebietes, das bekanntlich viel Eisen und namentlich prachtvolle Anthrazitkohle enthält, die französische 20-Milliarden-Vorkriegsanleihe an Rußland herauszuholen.“

Dann wird aufgezeigt, wie die militärische Aktion erfolgen soll. „Diese politischen Pläne würden durch einen militärischen Schlag seitens der beiden Verbündeten Frankreichs, Polens und Rumaniens, verwirklicht werden. Rumänien sei denn bereit, bei diesen Plänen mitzuarbeiten... Nicht nur, um dem Hauptgegner Rußland auf lange Zeit zu schwächen, sondern auch, weil ein territorialer polnischer Korridor sich zwischen Rumänien und Rußland einschlebe und Befestigungen mehr als heute sichern würde. Für Polen gibt es ebenfalls genügend Gründe... Daß Rußland sehr geschwächt würde, und zweitens, daß Polen bei Odessa einen Ausgang ins Schwarze Meer erlangen könnte... Wenn meine Gewährsmänner sich nicht täuschen, soll vor oder nach dem errungenen Siege über Rußland Pilsudski sich sogar mit dem Gedanken tragen, als König von Groß-Polen sich kürzen zu lassen.“

Auch Frankreich soll „natürlich in bescheidenerem Ausmaße, sich ebenfalls an dem Unternehmen aktiv beteiligen, namentlich durch Bestellung französischer Truppen, die über Danzig, oder aber, falls diesbezüglich ein Übereinkommen mit Deutschland möglich wäre, quer durch Deutschland hindurch an den russischen Kriegsschauplatz zu bringen wären.“

Die Redaktion des „Tageblattes“ versucht hier, in einer Zwischenbemerkung die Unmöglichkeit dieser Seite des Planes darzutun. Wie wenig unmöglich sie wirklich ist, zeigt der Korrespondent selbst, der den Preis, der den deutschen Imperialisten gezahlt werden soll, anführt:

„Man spricht davon, daß in diesem Falle Frankreich bereit wäre, Deutschland etwa den Korridor zurückzugeben, und daß Polen sich mit dem Südbahnhof Odessa begnügen oder aber durch ein Okkupation Litauens einen anderen nördlichen Meerzugang sich aneignen würde. In diesen Zusammenhängen wird behauptet, England habe, ohne sich freilich aktiv zu beteiligen, dem Unternehmen mehr oder weniger bereits seine Zustimmung erteilt... Aber diese Pläne wirken noch weiter... Le Ronds Reisen nach Prag und Belgrad werden als Versuch bezeichnet, die beiden

slawischen Staaten, Tschechoslowakei und Südbahnen, in das Unternehmen gegen Rußland zu verwickeln.“

Die Versicherungen der deutschen Bourgeoisie, daß sie niemals für ein solches Abenteuer zu haben wäre, werden durch ihre Panzerkreuzerpolitik, durch Hermann Müllers „europäische“ Genfer Lösungsversuche, durch die antibolschewistische Note, die die deutsche Außenpolitik unter der verantwortlichen Teilnahme der Sozialdemokraten schon jetzt stärker erfährt, als im Augenblick selbst einige Kreise der Schwerindustrie für richtig halten, usw.

Der Korrespondent stellt dann dar, daß sowohl in Jugoslawien wie in der Tschechoslowakei für die Bildung eines Ost-Bloades große Neigungen beständen, daß lediglich Italien, Bulgarien und Ungarn auf Grund ihrer Gegenseite zur Kleinen Entente, die als „Ost-Bloc“ ebenso neuerstehen soll, wie die Große Entente nach dem französisch-englischen Bündnis neuerstanden ist, Schwierigkeiten bereiten, daß aber diese Schwierigkeiten eben jetzt beseitigt werden sollen. Le Rond habe diesbezüglich in Sofia interveniert, der General Stanislawewitsch sei nicht durch Zufall kürzlich in Paris aufgetaucht usw.

Das sind im wesentlichen die Feststellungen des bürgerlichen Korrespondenten. Sie bestätigen vollumfänglich alle Anklagen der Sowjetunion und der Komintern. Sie beweisen — man erinnere sich, da außerdem an die ganz verächtliche Versöhnungspolitik, die die kommunistischen Parteien in der Tschechoslowakei, in Frankreich und Polen, Rumänien und Jugoslawien gegenwärtig auszuführen haben — wie brennend die Kriegsgefahr steht, in wie, man möchte sagen, unmittelbarer Nähe die Möglichkeit eines Angriffes gerückt ist. Man wird nicht festgehen, spätestens den frühesten Termin als ganz besonders gefährlichen Termin ins Auge zu fassen.

Die Arbeiter in Deutschland werden ferner ganz besonders gegen solche Verhüttungsapostel auftreten, die, wenn sie selbst die Möglichkeit einer Kriegsgefahr in den französisch orientierten Ländern zu geben, in Deutschland diese unmittelbare Kriegsgefahr, diese beabsichtigte Teilnahme der deutschen Bourgeoisie leugnen. Selbst für den Fall, daß in den Anfangsstadien die Hindenburg-Republik Neutralität bewahren würde, sie würde die Neutralität des Kriegskilleranten und Kriegsgewinnlers sein, der beim ersten günstigen Augenblick sich der einen Kriegsfrent anschließt, und das begreift jedes Kind, daß das imperialistische Deutschland seine Truppen nicht an die Seite der Roten Truppen senden wird.

Deshalb gilt es nach diesen Enthüllungen noch leidenschaftlicheren Kampfs gegen die Vorbereitungen des imperialistischen Verbrechens, noch energischeren Kampf zur Vorbereitung der einzigen Friedensgarantie für das Proletariat, die es gibt, des Sturzes der Bourgeoisie. Die Mobilisierung der Massen mit dem Ziele, sie muß die Teilnahme der breitesten Schichten am Volksbegehren noch verstärken.

Polizeiwillfür gegen die streifenden Bergarbeiter

Waldenburg, 5. Oktober.

Die Lage im Streikgebiet ist unverändert. Der Kampf wird mit der größten Entschlossenheit fortgesetzt. Streikbrecher gibt es nicht. Starke Streikposten stehen an allen Grubenanlagen. Neben den Streikposten steht man überall die heimlichen Polizeibeamten. Zu den reaktionären „Neuen Tageblatt“ läßt der Verein für die beglaubigten Interessen u. a. folgende Veröffentlichungen los:

Bekanntlich läßt der Schutz der Arbeitswilligen außerordentlich viel zu wünschen übrig. Während die Streikposten in Gruppen zu vier und fünf Mann vom Zehneingang auf den Zugangswegen im Abstande von 50 zu 50 Metern aufgestellt sind, ist leider der polizeiliche Schutz gänzlich unzureichend, so daß die Arbeitswilligen auch bei bestem Willen nicht in der Lage sind, zur Arbeitsstätte zu gelangen. Es ist dringend erforderlich, daß ein der Stärke der Streikposten entsprechender Schutz für die Arbeitswilligen eintritt.“

Wie die Telegraphen-Union mitteilt, beabsichtigt das Reichsarbeitsministerium noch nicht, im niederschlesischen Bergarbeiterstreik einzugreifen; das Reichsarbeitsministerium nimmt vielmehr vorläufig noch eine abwartende Haltung ein. Diese Meldung zeigt die Besorgnis, die den Bergarbeitern droht. Sie wurde bereits in unserem gestrigen Leitartikel aufgeführt. Wenn der Sozialdemokrat Wisse II sagt, er wolle „vorläufig“ nicht eingreifen, so heißt das, daß er eben später, vielleicht schon in zwei bis drei Tagen, eingreifen wird. Seine bisherigen Taten haben gezeigt, daß dieser Eingriff keinesfalls den Bergarbeitern die geforderten 15 Pro-

zent Lohnerhöhung bringen wird, sondern höchstens einen Bruchteil davon —

Bergarbeiter, mit einem unzulänglichen Kompromiß darf der Streik nicht enden. 15 Prozent Lohnerhöhung sind das mindeste, was er bringen muß. Um euren Willen in der Streikführung durchzusetzen, ist es erforderlich, euer Kollegen aus den Betrieben in die Zentralstreikleitung abzubelegieren. Nur solche Kollegen dürfen in den Betrieben, Orts- und in der Zentralstreikleitung sitzen, die ernstlich gewillt sind, den Willen der Belegschaften zu respektieren und den Kampf bis zum siegreichen Ende zu führen.

Kurz vor Redaktionschluss wird uns aus Waldenburg gemeldet. Die Unternehmer haben Aufschläge anbringen lassen, wonach die Arbeiter, die nach drei Tagen die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, als striktlos entlassen gelten. Die vor den Grubenorten postierten Polizeiposten haben Anweisung erhalten, darauf zu achten, daß die Streikposten die das Grubentor passierenden Arbeiter nicht nach dem von der Streikleitung ausgeführten Ausweis kontrollieren dürfen. Diese Maßnahme, falls sie durchgesetzt wird, macht eine Kontrolle der Rotbandarbeiter unmöglich und bedeutet einen

ungeleglichen Polizeieingriff. gegen die Streikenden pünktlichen der Unternehmer. Die Waldenburger Bergarbeiter werden diesen provokatorischen Aufschlag in der bisherigen unübertrefflichen Disziplin zu parieren wissen. Streikbrecher wird es in Waldenburg trotz aller Bemühungen der Grubenbesitzer und der Polizei nicht geben.

**Werttätige Massen, antwortet den Kriegstreibern! Heute dritter Einzeichnungstag!
Jede Einzeichnung ein Bekenntnis zur Verteidigung der Sowjetunion!**

Die „Berliner Volkszeitung“ berichtet, daß einer der wichtigsten...

Die sozialdemokratisch geführte Braun-Regierung hat...

Die Verquickung des Konkordats mit der Frage der Großen...

Die Millionenfront gegen den Panzerkreuzerbau richtet sich eben...

Rückbildung der Feuerartise in Hamburg

II. Hamburg, 4. Oktober. Die am Aktionsausschuß...

Wsa-Kongress zum Werftarbeiterstreik

II. Hamburg, 4. Oktober. Zum Schluß der Nachmittags...

Abgeklärtes Flugzeug. — T. U. Paris, 5. Oktober. Wie aus...

Gegen jede innerparteiliche Aus-

Das Zentralkomitee hatte in seiner Sitzung vom...

Die Genossen Haufen und Hajmer — die als Kandidaten...

Die Partei wird jeden Versuch zur innerparteilichen Ausnützung...

Sekretariat des Zentralkomitees.

Erotik und Spionage in der Etappe Gent

(Copyright by Agis-Verlag / Wien-Berlin.)

Er meint, es wäre das diesmal nicht so leicht gegangen wie am...

Neu sei nur, daß der verdammte deutsche Soldat unter den...

Die an die Deutschen zugelagten Lieferungen werden dann bis...

Die Armees des Generals von Höhn läßt die Stadt zur Rechten...

Die nächsten Tage sehen wieder große Wallfahrten neugieriger...

Langsam und aber langsam pilgern vom frühen Morgen bis...

Es ist ein schreckliches Bild.

Das große Personal ist noch nicht. Seine Stunde schlägt erst...

Aber es wird erzählt, daß deutsche Soldaten in seine hässlichen...

Die sozialdemokratische Presse wagt es, den Ausschluß des Ham-

Keine Organisations kann sich davor schützen, daß Funktionäre...

35 Ausschüsse wegen Unterschlagungen

angeführt. Es kommen aber auch Fälle genug vor, wo gu-

Aus bekanntgewordenen Fällen wollen wir nur einige Beispiele...

Bekannt ist der Fall des Vorsitzenden des Leipziger Zimmerer-

Im Mai dieses Jahres mußte der sozialdemokratische Gauleiter...

Trustkapital und Stahlhelm

Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei verlassen den Stahlhelm

Der Reichsbanner soll nunmehr ausschließlich die bisherige

Der Beschluß der Deutschen Volkspartei zeigt, daß sich die Groß-

Korruption nachgewiesen, doch wurde Reichert Jahreslang von den

Am 6. Juni dieses Jahres mußte der Ortsausschuß München-

Ebenfalls im Juni dieses Jahres kam ans Tageslicht, daß in

Am 21. Juni 1928 mußte die Generalversammlung des Holz-

Der Bezirksleiter des BDA im Saargebiet, Köhl, wurde im

Vor dem Erfurter Großen-Schöffengericht wurde kürzlich der

Vor etwa sechs Monaten unterschlug der sozialdemokratische An-

Wir wollen es vorläufig mit dieser Liste bewenden lassen, auf

Anzahlige Unterschlagungen und Korruptionsfälle werden von der

Die kommunistische Partei hält ihre Reihen sauber, sie duldet

40000 Textilarbeiter im Streik

II. Warschau, 4. Oktober. Am Mittwochabend haben die

Nach einer neueren Meldung sind im Laufe des Tages in Lodz

Wsa-Kongress geschlossen

II. Hamburg, 4. Oktober. Auf dem Kongress des Wsa-

Die Center Presse sieht sich daher genötigt, von neuem an das

Es gibt übrigens, wie sich nun herausstellt, noch eine ganze An-

Der Militärkommandant ordnet an, ihren Abschub nicht ohne

Am 17. September, morgens 6 Uhr, wird bei der künstlichen

Das Kriegsgesicht sprach ihn schuldig, einer deutschen Mann-

Auf den 21. September werden die Militärpflichtigen des Jah-

Am 26. September hatten die Mauern Gents von einem be-

Der „Vorruil“ weist sehr viele weiße Flächen auf. Aber er wirft

Die Center Presse sieht sich daher genötigt, von neuem an das

(Fortsetzung folgt)

Verantwortlich: Für den politischen Teil: Kurt Dornbrühl, für den...

Oberschlesien Bauarbeiter zum Streikabbruch

Der Streik der Bauarbeiter ist zu Ende. Er wurde auf die schönste Weise von den christlichen und reformistischen Gewerkschaftsführern abgewürgt. Aber wenn es sonst in anderen Kämpfen den Gewerkschaftsführern noch gelang, ihre Streikbrecherarbeit vor den kämpfenden Arbeitern zu verbergen und den Arbeitern einzureden, daß die Interessen der Arbeiter durch sie wirkungsvoll vertreten würden, so ließ dieser Kampf den Reformisten diese Möglichkeit nicht mehr. Als die reformistischen und christlichen Führer sahen, daß die Bauarbeiter entschlossen waren, den begonnenen Kampf bis zum Ende zu führen, waren sie gezwungen, ihre heuchlerische Maske fallen zu lassen und ihren Streikbruch offen zu treiben. Ihre schändliche Handlungsweise findet jetzt durch die Bauarbeiter die gebührende Anprangerung. In Gleiwitz nahmen die Arbeiter in einer Versammlung, die zu dem Abbruch des Streiks Stellung nahm, folgende Resolution an. In Hindenburg wurde eine ähnliche Resolution angenommen:

„Die am 8. Oktober in Gleiwitz vorm. 11 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindende öffentliche Bauarbeiter-Vollversammlung nimmt mit scharfer Entschiedenheit davon Kenntnis, mit welcher schmutzigen und verleumdenden Mitteln die reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer den Streik abwürgen. Wir stellen noch einmal in aller Öffentlichkeit fest, daß die obengenannten Gewerkschaftsführer den Streik nicht anerkannten, also auch kein Recht haben, ihn durch Briefe mit gefälschter Unterschrift und Zeitungartikel in reaktionären kapitalistischen Blättern zu beenden.“

Wir sind uns auch darüber klar, daß die Führer der Gewerkschaften auf Grund ihrer Anerkennung der Wirtschaftsdemokratie und des kapitalistischen Staates nie wirkliche Streiks führen können. Soweit sie sich aber bei ausgebrochenen Wirtschaftskämpfen mit in den Streik einmischen oder aber gar versuchen, ihn in ihre Hände zu bekommen, tun sie das nur deshalb, um den Kampf vorzeitig abzuwürgen.

Aus dieser Tatsache heraus sind sich die Versammelten dessen

bewußt, daß die Bauarbeiter und auch die übrigen Arbeiterschichten in Zukunft gezwungen sein werden, Wirtschaftskämpfe ohne die reformistischen und übrigen Gewerkschaftsführer zu machen, ja sogar gegen deren Willen. Dazu ist notwendig, daß wir in den betreffenden Organisationen erstens einmal für die eigene Verfassung sämtlicher Baugewerkschaften eintreten. Wir können feststellen, daß die Unternehmer auch nur einen Unternehmerverband besitzen. Es wird weiter notwendig sein, daß wir mit aller Kraft dafür Sorge tragen, daß auf den einzelnen Verbandstagen derartige Reichstärkerverträge, wie es der letzte war, nicht mehr angenommen werden dürfen. Gegen den Schlichtungsschwindel muß ein unerbittlicher Kampf geführt werden. Nur auf diese Art und Weise wird es uns möglich sein, die immer schwierigeren Lebenslage der arbeitenden Klasse und auch der Bauarbeiter zu heben.

Nachdem es den Gewerkschaftsführern diesmal noch gelungen ist, durch das gefälschte Telegramm usw. die Bauarbeiter in Dentschen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, auf Grund dessen unsere Hindenburg Kollegen ebenfalls dazu gezwungen wurden, die Arbeit wieder aufzunehmen, sehen wir die Aussichtslosigkeit eines isolierten Kampfes der Gleiwitzer Bauarbeiter ein und beschließen trotz völliger Ungenügen der Lohnhöhe, den Kampf abzubrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen.

Wir verpflichten uns aber, in der Zukunft für obengenannte Forderungen einzutreten, da wir schon durch die immer größeren Ausgaben für Rüstungszwecke (für den Bau von Panzerkreuzern), durch den Steuererlaß der Bourgeoisie und durch die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu immer größeren Lasten verurteilt sind. Um diese Forderungen zu erfüllen, fordern wir die unorganisierten Kollegen auf, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen und gemeinsam mit den oppositionellen Kollegen für höhere Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit und den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einzutreten.“

Oppeln

Ständige Austritte aus der SPD. Oppeln

Dieser Tage erst konnten wir berichten, daß zwei Mitglieder, die bisher mit der SPD. durch die und dann gingen, aus dieser Partei ausgestiegen sind. Heute erfahren wir, daß abermals ein altes Mitglied, Frau Hedwig Blaschka, die schon sechs Jahre der Partei angehörte, dem Kafflerer das Mitgliedsbuch mitgegeben und ihren Austritt aus der Panzerkreuzerpartei erklärt hat.

Lohnbewegung der Gemeindegewerkschaft

Am 30. September lief das Lohnabkommen der Gemeindegewerkschaft ab. Dieses Abkommen hatte nur ein halbes Jahr Gültigkeit, da die Kollegen mit den langfristigen zu hohe Erfahrungen machten und unter der Führung der Opposition sich auf keinen Fall eine längere Gültigkeitsdauer hätten akzeptieren lassen. Die neuen Lohnverhandlungen zwischen den Tarifgewerkschaften und dem Ober-schlesischen kommunalen Arbeitgeberverband finden noch diese Woche statt. Die Forderung der Gewerkschaften beträgt 7 Pfennig Zulage die Stunde im Spitzlohn.

Diese Forderung ist angesichts der Lebenshaltungserweiterung minimal. Was wird aber von der Forderung noch nach den Verhandlungen übrig bleiben? Die Gemeindegewerkschaften müssen den Verhandlungen scharfsten Nachdruck verleihen und für unbedingtes Festhalten an der Forderung eintreten.

Arbeitslose, geschlossen zur Einzelnennung!

Am Mittwoch, dem ersten Einzelnennungstage zum Volksbegehren, hatten die Arbeitslosen eine Versammlung vor dem Arbeitsamt. Genosse Schulz sprach über die demagogische Haltung des Vorstandes des VDB. Ortsausschusses gegenüber den Arbeitslosen. Diese reichen nun selbständig einen Antrag auf Reduzierung der Stempelzeit ein. An der Haltung des sozialdemokratischen VDB. Vorstandes ersehen die Arbeitslosen, daß sie in die Gewerkschaften müssen, um den oppositionellen Flügel zu stärken. Nach der Versammlung formierten sich die Arbeitslosen, um den Panzerkreuzer-schleppern die erste Antwort zu geben, zur Einzelnennung zum Volksbegehren. Auf dem Wege zum Einzelnennungstotal wurden andere Arbeiter durch den geschlossenen Zug ebenfalls aufgefordert, sich bald einzelnennend.

Hals, Wohnungsamt!

In dem Hause Porststraße 12 ist schon lange eine Wohnung, bestehend aus Stube und Küche, bezugsbar. Ausnahmsweise liegt es nicht am Hauswirt, sondern am Wohnungsamt, daß die Wohnung nicht belegt wird. Trotzdem sich schon Leute um diese Wohnung beworben haben, rührt sich das Wohnungsamt nicht.

Warum läßt das Wohnungsamt eine leere Wohnung nicht begeben? Wir verlangen, daß sofort diese Wohnung vergeben wird. Auf der Rosenberger Straße wird z. B. das Haus von Salburg eingeweiht. In einer früheren Wertwohnung wohnen Leute, die schon seit Januar auf eine Ersatzwohnung warten. Jetzt beim Hausabbruch werden diese Mieter einfach in Baracken gesteckt. Das kann doch nicht korrekt beim Wohnungsamt zugehen, wenn hier Wohnungen frei werden und auf der anderen Seite Mieter in die Baracken kommen. Ist das nur ein Einzelfall, oder geschehen mehr solcher Sachen?

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**
Hindenburg. Sonnabend 18 Uhr Hauptagitationsstag in allen Stadtteilen. Sammeln auf allen öffentlichen Plätzen.
— Sonntag Landpropaganda mit Lastauto. Propaganda auch im Ort in allen Stadtteilen.
- Roter Frontkämpfer-Bund**
Oppeln. Sonnabend um 19,30 Uhr im Schützenhaus Mitgliederversammlung.
- Sonstige Organisationen**
Gleiwitz, Freibender. Sonnabend 10 Uhr im Saale des Herrn Braschma in Petersdorf und Montag 10 Uhr im „Bürgerhof“, Freiwitzer Straße öffentliche Versammlungen der Freien Schulgesellschaft. Die Mitglieder des Verbandes nehmen an den Vorträgen teil. Eintritt frei!
Hindenburg. Arbeiter-Gesangverein von Groß-Hindenburg u. Rathesdorf. Sonntag 10 Uhr bei Roth, Paulstraße, Versammlung.

Gleiwitz

Konsumverein Fr. Hütte

Als angebliche Wohlfahrtsanstalt unterhält das Hüttenamt Gleiwitz einen Konsumverein. Mitglieder sind Arbeiter und Angestellte des Werkes. An der Spitze des Aufsichtsrates steht Herr Oberberggraf Weber. Die Geschäftsführung liegt in der Hand des Staatsbeamten Herrn Vorle. Zweck und Ziel des Konsumvereins ist, seinen Mitgliedern einwandfreie Ware zu Fabrikpreisen, also unter Ausschaltung des Zwischenhandels, zu liefern. Inwieweit der Konsumverein (d. h. seine Verwaltung) seinen Verpflichtungen diesbezüglich den Mitgliedern gegenüber nachkommt, wollen wir nicht untersuchen. Diese Frage dürften sich die Mitglieder selbst stellen und beantworten. Was uns interessiert, ist die Einstellung des Staatsbeamten Herrn Vorle, der die Verbilligung der Ware durch eine miserable Entlohnung der Konsumangestellten erreichen will. Man bedenke, in der Zeit der Tarife erdreißtet sich Herr Vorle, der selbst als Staatsbeamter in einer gewiß nicht zu niedrigen Besoldungsgruppe steht, den Konsumangestellten außertarifliche Löhne, die an Lächerlichkeit grenzen, anzubieten. Als die vierzigjährige Angestellte Fräulein M. keine Möglichkeit mehr sah, mit dem Gehalt von 85 Mark, das sie nach mehrjähriger Tätigkeit als Kassiererin und Verkäuferin erhielt, auszukommen, wandte sie sich an ihre Gewerkschaft. Aber was sie ein echter Staatsbeamter ist, der da denkt, daß der Staat nur für ihn da ist, weiß sich Rat. Er kündigt einfach der Angestellten, weil sie das gleiche will, was er beansprucht, nämlich: nach dem Tarif bezahlt zu werden.

Nun werden sich die Gewerkschaft und das Arbeitsgericht mit der Angelegenheit befassen. Ueber die plötzliche Kündigung der M. werden auch noch die Konsummitglieder sprechen müssen. Auch die schlechte Bezahlung der Konsumangestellten müßte den Mitgliedern zu denken geben, vielleicht würden sich die Fehlbeträge der bisherigen Lagerhalter klären lassen.

Ueber den Ausgang dieses Falles werden wir an dieser Stelle insbesondere den kaufmännischen Angestellten im Kleinhandel und in den Konsumgenossenschaften berichten.

Aus der Partei. Auf verschiedene Anfragen teilen wir mit, daß der ehemalige Genosse Mois Don-Gleiwitz im Frühjahr d. J. wegen

Veruntreuung von Rote-Hilfs-Geldern aus der Partei ausgeschlossen wurde. Da er auch sonst ein gefährliches Element ist, haben die Mitglieder proletarischer Organisationen keine Verbindung mit ihm zu halten.

Kreuzburg

Öffentliche Kundgebung am Ring
Sonnabend um 17,30 Uhr findet am Ring eine öffentliche Kundgebung für das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzer statt. Werkstätige, erscheint restlos!

Ratibor

Geistesamateur
Man schreibt uns: Einige dieser Anwärter sind in den Mania-Werken beschäftigt und suchen neben dem Anodenmachen auch die Arbeiter mit Geist zu versorgen. Die Vorarbeiter Mathias Niemiech und Josef Gnida geben vom Meister Anordnungen wieder, die den Arbeitern derart widerförmig erscheinen, daß sie meistens mit großem Gelächter beantwortet werden. Erboßt über diese Achtungsverletzung, erklärte der Vorarbeiter Niemiech den Arbeitern: „Von jetzt ab müßt ihr arbeiten, bis ihr verredet.“ Eine nochmalige Nachfrage war die Antwort. In dem hinteren Raum der Abteilung berieten mehrere Arbeiter, ob die Titulation, die der Vorarbeiter Gnida vom Meister erhielt: „Esel, gehen Sie nochmal acht Jahre in die Schule“ zu Recht bestehe. Ein Teil war der Ansicht, dies sei Geburtsveranlagung, während die andern behaupteten, der Meister habe recht. Es sei mehrmals vorgekommen, daß die Elektroden zu kurz gearbeitet worden sind und die Presse zu oft kaputt gefahren wird. Arbeitsverluste sollen dann die Arbeiter durch Mehrleistungen der höheren Aufsicht gegenüber decken. Der Widerstreit der Meinungen hatte durch Hinzukommen des Gnida sein Ende gefunden. Auch solche Menschen muß es geben. Sie sind bequem und werden nie einer Frage gewerkschaftlicher und parteilicher Richtung nachtreten können.

Patschkau

Arbeiterbühne Patschkau. Am 9. Oktober in den „Reichsälen“ großes Konzert und Theater.

SINDBAD DER SALEM-RAUCHER

erzählt weiter:

Als Gefangene der Menschenfresser wurden wir scharf bewacht. Aber als unser Wächter eines Tages in der Mittagssonne eingeschlafen war, erstach ich ihn mit meinem Dolche und floh. Todmüde und hungrig traf ich im Walde auf einen alten Said, der eben im Begriffe war, sich aufzuhängen. Auf Befragen erzählte er: „O Fremdling, ich bin Ibasid, der Obertabakmeister meines Königs Nabopolassar, und fiel in Ungnade, weil meine Cigarettenmischungen meinem Herrn nicht mundeten.“

Dieses hörend, sagte ich: „O Ibasid, bleibe am Leben! Wenn du mich aus diesem Urwald führst, will ich dir ein herrliches Tabakrezept geben — das Rezept der wunderbaren

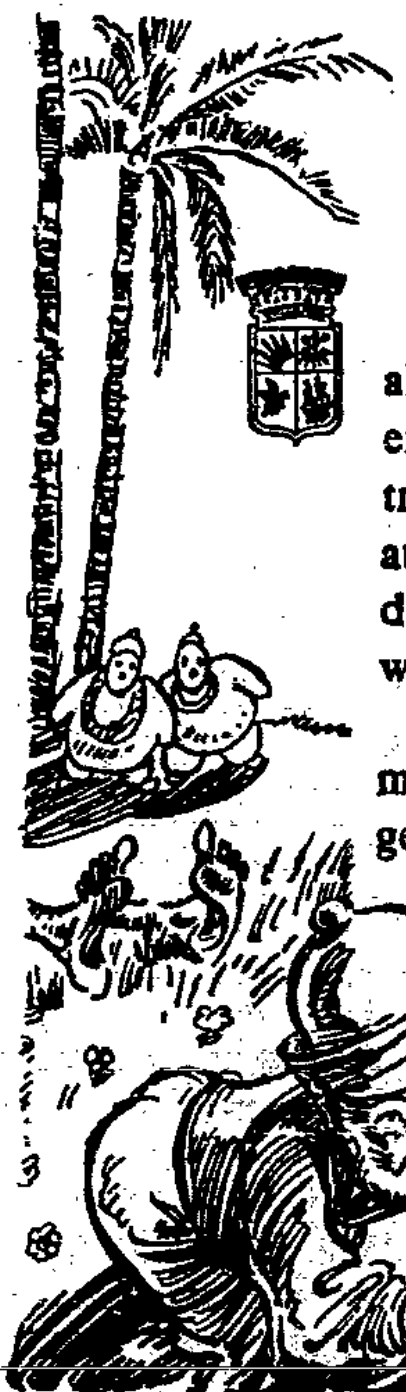
(Fortsetzung folgt.)

CIGARETTE

SALEM

AUSLESE

Heute in Deutschland in allen Spezialgeschäften für 5 Pf. erhältlich



Vereinigte Theater
Lobe-Theater
 Sonnabend, 8. 10., 20 Uhr
 Uraufführung
 Eine kleine Sünde
 von Andre Birabeau
 Sonntag, Dienstag,
 Mittwoch, Donnerstag und
 Sonnabend, täglich 20 Uhr
 Eine kleine Sünde
 Montag u. Freitag, 20 Uhr
 Der lebende Leichnam
 Sonntag, 7. 10., 13 1/2 Uhr
 Zu kleinen Preisen
 Hokuspokus

Thalla-Theater
 Von Sonnabend, den 6. 10.
 bis Sonnabend, den 13. 10.
 täglich 20 Uhr
 Der Prozeß Mary Dugan
 von Bayard Veiller
 Sonntag, den 7. 10.
 15 1/2 Uhr
 Zu kleinen Preisen
 Arm wie eine Kirchenmaus

Zentral-Ballsäle
 Westendstr. 50/52 Telefon 23 429
 Heut Freitag
Gr. russ. Balalaika-Konzert
 mit Tanz
 Der Saal ist am Sonnabend, 3. Nov.
 frei geworden
 und an Vereine günstig zu vergeben

Stadt-Theater Breslau
 (Opernhaus)
 Freitag, 10.30 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie C 3
Die Zauberflöte
 Sonnabend, 20 Uhr
 Cavalleria rusticana
 hierauf:
Der Bajazzo
 Sonntag, 20 Uhr
 Die verkaufte Braut

Schauspielhaus
 Operettenbühne
Breslau
 Telefon Nr. 36300
 Täglich 20 Uhr:
 Der flürmliche
 Heferketts - Erfolg

Prinzessin
Ti-Ti-Pa
 Sonntag 15.30 Uhr
 Die
 Försterchristel

Apollo-Lichtspiele
 Adalbertstrasse 8
 Freitag, den 5. Okt. u. Sonnabend
 den 6. Oktober
Die Nacht der Liebe
 (Das Recht einer Hochzeitsnacht)
 Ein Meisterwerk mit Ronald Colman
 und Vilma Banky

Sonntag, den 7. Okt. und Montag
 den 8. Oktober
 Das Sensations-Abenteuer
Die Liebe des Sheriff
 Ferner Claire Rommer im
 herzerfrischenden Schlager
Das Spreewaldmädel

Dienstag, 20 Uhr:
 Zum 25. Male:
Hüte und Mützen
Herrn-Artikel
 kaufen Sie am besten bei
Felix Eckert
 Klosterstraße 45, am Mauritiusplatz

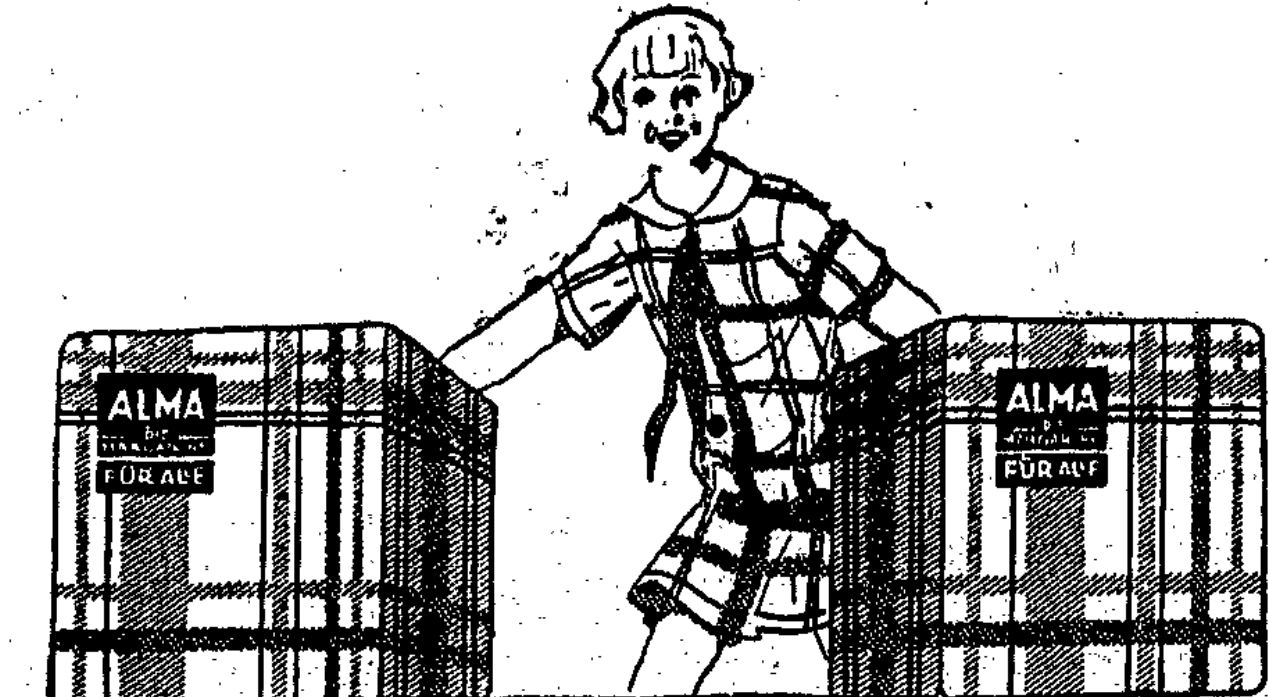
DEAF

 Die zuverlässige
 Nähmaschine
Pfaff-Nähmaschinen-Nauz
 Breslau, Reuschstrasse 37/38
 Telefon 25391
 (Erläuterte Zahlungsweise)

Schöne Vögel

 die im Käfig gesund u.
 sangeslustig bleiben
 so len, sichert einzig
 das so bewährte, viel-
 fach preisgekrönte
Vogelfutter
 von
Theodor Buchall
 Zwingerplatz 2
 Filiale: Ring, Jetzt Elisabeth-
 strasse Nr. 5, am Rathaus
 Markthalle II, Gartenstrasse
 Kaiser-Wilhelm-Sirasse 72 an der
 Viktoriastrasse
 Kaiser-Wilhelm-Str. 175, Kleinburg

Billiger Fleisch-Verkauf!
 Schmalzfleisch . . . Pfd. 0.90-1.10
 Schweinschmalz . . . 1.30
 Schweins-Rotlett . . . Pfd. 1.20-1.30
 Rindfleisch o. Knoch. Pfd. 1.10-1.30
 Cuppenfleisch . . . 0.70-1.-
 Kalbfleisch . . . 1.10-1.20
 Kalbfleisch o. Knoch. . . 1.20-1.50
 Rindfleisch . . . 1.10-1.20
 Rindfleisch . . . 1.50-1.20
 Feinstes Speck (deutsch) . . . 1.10
 Ausgebr. Schweinefleisch (deutsch) . . . 1.00
 Gulaschfleisch . . . Pfd. 0.90-1.10
 Gehacktes . . . von 0.80 an
 Feinste Schweinsköpfe . . . Pfd. 0.50
 Schweinslotten . . . Pfd. 1.20-1.30
 Gansentett . . . 1.30
 Gefüllte Gans . . . 0.90
 Badmurr 0.10 P. Wiener . . . 0.10
 Bratwürstchen . . . Paar 0.20
 Würstchen (deutsch) . . . Pfd. 1.10
 Würstchen Schoten . . . 0.50
 Roter Schinken . . . 1/2 Pfd. 0.50
 Laabschinken . . . 1/2 Pfd. 0.55
 Pfefferkorn u. Morobella . . . 0.25
 Leberwurst, Braunschwartz . . . 0.25
 Leberwurst . . . 1/2 Pfd. 0.20-0.40
 Polnische . . . Pfd. 0.80-1.-
 Feinstes Aufschnitt . . . 1/2 Pfd. 0.40
 sowie alle anderen Fleisch- u. Wurst-
 waren zu billigen Preisen empfiehlt
Adolf Weiß
 Fleischer- und Wurstfabrik, Breslau
 Wolfsteigstr. 13 / Fernspr. 25 609



Ueberall blendend sauber

das ist Vorbedingung bei der Herstellung einer guten Margarine. Hellgekachelt sind die weiten Fabrikhallen der Blauband-Werke, appetitlich sauber die weissen Milchbehälter, spiegelblank die riesigen Maschinen, die selbsttätig jetzt auch die neue Marke „Alma“ herstellen. Weissgekleidet sind die Männer und Frauen, welche die sauberen Maschinen bedienen; äusserst rein die feinen Speiseöle und Fette, sorgfältig sterilisiert die grossen Mengen Milch, die zur Verbutterung benötigt werden. Selbst das Wiegen, Formen und Umhüllen der fertigen Ware geschieht maschinell. Diese geradezu vollendete Reinheit bei der Herstellung stempeln „Alma“ zu einem gesunden, bekömmlichen Nahrungsmittel, das, auf Brot gestrichen, mit Genuss verzehrt werden kann und für Back- und Bratzwecke unübertrefflich ist. Sparsame Hausfrauen wählen „Alma, die Margarine für Alle“.

Das ganze Pfund für 85 Pfennig.



Unsere konservierten
Schnittbohnen
 von neuer Ernte sind preiswerter und in Qualität
 besser als frische Bohnen. Wir erhielten bereits die
 große Menge von 5 Waggonladungen = 50000 Dosen
 und bieten an eine gute fadenfreie Qualität
die 1-kg-Dose 0.72
 Gemischtes Gemüse Dose 1 kg 1.00
 Junge Karotten, ganz Dose 1 kg 0.68
 Kohlrabi mit Grün Dose 1 kg 0.70
 Pfifferlinge Dose 1 kg 2.10
 Wachbohnen Dose 1 kg 0.95
 Wirsingkohl Dose 1 kg 1.65
 Bei dem schroffen Witterungswechsel schützt vor Erkältung reichlicher Genuß von rein. Honig. Wundervolle Qualitäten aus neuer Ernte haben wir erhalten:
Wiesenblumen-Honig
 1-Pfd.-Glas 1 1/2-Pfd.-Dose 5-Pfd.-Eimer 5-Pfd.-Eimer
 1.20 2.10 6.00 10.00
Orangenblüten-Honig
 1.40 2.40 7.00 12.00
Schlesischer Edel-Honig
 1.70 3.00 8.00 15.00
Otto Stieber
 Breslau, Zwinger-Platz 5 und 31 Filialen

Billige Arbeitshosen
Winter-Joppen
 ganz preiswert
Anzüge, Mäntel
 vom Lager und nach Maß
 in jeder Preislage
Adolf Stenger
 Breslau I, Nikolaistr. 10 11

Fahrräder 10 M. Anzahl.
 3 M. Wochenr.
Sprechmaschinen, kleine Anzahlung
Nähmaschinen ohne Anzahlung
Bittner, Scheitniger Str. 38
 Reparaturen, Emaillierung, Ver-
 nicklung. Versand nach außerhalb

Nähmaschinen
 Singer / Adler / Dürkop / Kayser
 Knopfloch- und Diejen-Maschinen für
 Schneider und Schuhmacher
Fahrräder, Sprechapparate
 Reparatur-Werkstatt
Georg Greulich
 Breslau, am Hammer 20 u. 22
 Kleine Anzahlung, wöchtl. Abz. 2.50 Mk.

Otto Klaebig, Weidenstraße 18
 Messerschmiedemeister
 Schleif- und Polier-Anstalt
 Stahlwaren-Spezialgeschäft

Parteilgenossen!
 Kauft nur bei den Inserenten
 Eurer Zeitung
Kaufhaus Bach & Bladmenn
 Breslau 23 :: Herdainstr. 44
 Filiale: Brockan, Güntherstr. 19
 sämtliche Bedarf-artikel in größter Auswahl
 zu den besten Preisen!

Sie verdienen
 täglich
 10 Mark
 mit Schnürsenkel
 Nur perf. kommen
Reste
 n Serge, Kittel, Leinwand,
 Aermelfutter
 Rohhaar, Garn, Knöpfe
 Kernseife, Erdal
 alles sehr billig
 prima Ware
 Detail und Engros
Berth. Lippert
 Breslau
 Heinrichstraße 16
 Filiale: Oberstr. 17
 Weißgerbergasse 43

Möbel
 zu bill. Preisen
 auf bequemste
 Teilzahlung
 Gegründet 1893
Hübner
 Breslau
 Reuschstr. 2

Inserate
 haben in
 unserer Zeitung

Guten Erfolg

Max Schönfelders
 anerkannte und bewährte
 Kaffees:
 Edel-Mischung je Pfd. Mk. 4.-
 Karlsbader Mischung
 à la Café Pupp, Karlsbad
 je Pfd. Mk. 3.60
 Wiener Mischung " " " 3.20
 Braut-Kaffees
 Jubiläumsmarke je Pfd. Mk. 3.-
 Braut-Mischung II " " " 2.70
 Güter Bourbon-Perl
 aus dem Riberaan-Kreis-Distrikt
 je Pfd. Mk. 2.80
 Meine Kaffees versende ich
 schon von 3 Pfd. an franco
 über ganz Deutschland
 Die Tees neuer Ernte
 sind angekommen. Der Ausfall ist
 prachtvoll, und meine nachstehenden
 Marken
 „Zee Schönfelders“
 verbürgen Qualität
 und Preiswürdigkeit
 Schönfelders Hausalt-Zee
 je Pfd. Mk. 3.20
 Schönfelders Konsum-Mischung
 je Pfd. Mk. 3.60
 Schönfelders Soufflage u. Rongos-
 Mischung je Pfd. Mk. 4.-
 Schönfelders Gebirg-Mischung
 je Pfd. Mk. 5.-
 Schönfelders Englische Mischung
 je Pfd. Mk. 6.-
 Schönfelders Extra Auswahl
 mit Pecco-Blüten, in Packungen
 zu 1/6, 1/4, 1/2 u. 1/1 Pfd.
 je Pfd. Mk. 7.20
 Für den Einkauf aller anderen
 Artikel des täglichen Bedarfs in
 Lebensmitteln für
Küche, Haus, Keller,
 die feine Tafel
 ist anstrengt bei nur besten An-
 bieten und allgerühmter Preis-
 würdigkeit zu empfehlen
Max Schönfelders
 Kaffee-Rösterei :: Tee-Import
 Waren-Versandhaus
 und Wein-Großhandlung
 Breslau 1, Albrechtstraße 56
 Versand über ganz Deutschland

Wurstschneider
 Frisches Fleisch hiesiger Schlachtung!
 Suppenfleisch Pfd. 0.86
 Gulaschfleisch Pfd. 1.10
 Rindfleisch o. Kn. Pfd. 1.30
 Spitzbraten Pfd. 0.25
 Suppenknochen Pfd. 0.15
 Kalbfleisch o. Kn. Pfd. 1.30
 Kalbskotelet o. Kn. Pfd. 1.50
 Dicker Rindspeck Pfd. 1.30
 Rindrippchen Pfd. 1.30
 Ohren u. Schnauzen Pfd. 0.60
Wurstwaren
 Landbierwurst Pfd. 0.80
 Gek. Hanoversche Pfd. 1.40
 Berliner Mettwurst Pfd. 1.40
 Preßwurst Pfd. 0.80
 Knoblauchwurst Pfd. 0.90
 Speckpreßwurst Pfd. 1.20
 Jagdwurst und Mortadella Pfd. 1.40
 Ich eröffne eine neue Filiale
Gartenstraße 93
 (Ecke Teichstraße)
August Schneider, Wurstfabrik

Sozialdemokratisch-deutschnationale Einheitsfront gegen die Bergarbeiter

Die Einführung der Siebenstundenschicht wieder sabotiert

Berlin, 4. Oktober.

Am Mittwoch standen, wie wir gestern kurz berichtet hatten, im Landtag wiederum die Massenentlassungen und Besetzungsfragen im rheinisch-westfälischen Bergbau und die Forderung der Kommunisten auf sofortige Einführung der Siebenstundenschicht zur Debatte. Veranlassung dazu gaben die Geschäftsberichte der staatlichen Bergwerksgesellschaften „Hybernia“ und „Redlinghausen“. In Verbindung damit wurden zugleich die kommunistischen Entwürfe gegen die Stilllegung der Schachtanlage „Rhein 1“ und „Unser Fritz“ beraten, durch die rund 2500 Bergarbeiter infolge Entlassung betroffen werden.

Die Frage der Besetzungsfragen und Massenentlassungen von Bergarbeitern, insbesondere auch auf den Anlagen der staatlichen „Bergwerks-A.G. Redlinghausen“ waren bekanntlich bereits im Sommer Gegenstand einer scharfen und ausgedehnten Landtagsdebatte. Die kommunistische Fraktion hatte dazu u. a. den Antrag gestellt, die Preussische Regierung zu beauftragen, sich bei der Reichsregierung mit aller Energie für den sofortigen Erlass eines Reichsgesetzes zur Einführung der Siebenstundenschicht im Bergbau einzusetzen. Dieser Antrag wurde auch im Ausschuss für Handel und Gewerbe angenommen. Im Plenum des Landtages wurde aber sodann dieser Beschluß von der SPD. und den Koalitionsparteien, die inzwischen von ihren Ministern die Bewilligung bekommen hatten, den Ausschussbeschlüssen irgendwie wieder aus der Welt zu schaffen, nach Strich und Faden sabotiert. Die Möglichkeit dazu ergab sich durch die von den Deutschnationalen beantragte namentliche Abstimmung. SPD. und Bürgerliche beteiligten sich nicht daran, und so scheiterte die Annahme des Antrages über die Einführung der Siebenstundenschicht in der 9. Sitzung des Landtages infolge „Beschlussunfähigkeit“ des Hauses.

Am Mittwoch konnte Genosse Schubert bei der Aussprache über die Geschäftsberichte der obengenannten staatlichen Gesellschaften nachweisen, daß die von den Grubenbaronen vorgeschobenen Gründe für die Arbeiterentlassungen erlogen sind, um auf Kosten der Bergarbeiter die Rationalisierung verschärft weiter durchzuführen. Von einem Rückgang der Produktion kann keine Rede sein. Im August 1928 war sogar eine Steigerung gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres zu verzeichnen. Dabei waren aber die Belegschaften im Ruhrgebiet im August 1928 um fast 45 000 Mann geringer. Das bedeutet für die Ruhrlohnenkapitalisten eine Lohnersparnis von neun Millionen Mark auf Kosten der Bergarbeiter. (Hört, hört b. d. R.)

Die Betriebsergebnisse der beiden genannten staatlichen Bergwerksaktiengesellschaften beweisen gleichfalls, daß die Arbeiterentlassungen unbegründet sind. Die Bergwerks-A.G. „Hybernia“ erzielte einen Betriebsgewinn von 486 Mark und einen Reingewinn von 152 Mark pro Kopf der Belegschaft.

Unhuldig ist das auf Redlinghausen der Fall. Die Gruben sind also durchaus rentabel, obwohl ihre Abbauverhältnisse bedeutend schlechter sind als die der Privatgruben. Wenn trotzdem die A.G. Redlinghausen die Entlassung von 1450 Bergarbeitern durchführt, so nur, um den privaten Besessenen in der Rationalisierungsoffenstube voranzugehen. Tatsächlich nehmen denn auch die Besetzungsfragen immer größeren Umfang an. Zu den Massenentlassungen in den letzten Monaten kommt jetzt die Stilllegung der Schachtanlagen „Rhein 1“ mit 1000 und „Unser Fritz“ mit 1500 Mann Belegschaft.

Das Ziel dieser neuen Rationalisierungsoffenstube der Unternehmer ist, bei den Umgeindungen im Westen scharferen steuerlichen Zugriffen zu entgehen und unter dem Druck einer künstlichen Massen-Erwerbslosigkeit Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung zu erzwingen. Die „Bergwerkzeitung“ spricht das offen aus, indem sie sagt:

„Arbeitslosigkeit ist Rentnerdasein. Gefordert werden muß, Senkung der sozialen Lasten und der Steuern, Anpassung der Bergarbeiterlöhne an die Ertragskräfte der Produktion.“

Die staatlichen Bergwerke gehen den privaten Ausbeutergesellschaften in dieser Offensiv gegen die Arbeiter voran. Die Sozialdemokraten billigen und unterstützen das. Die Geschäftsberichte der staatlichen Gesellschaften beweisen, daß in Preußen und im Reich das Truschkapital der herrschende Faktor ist und daß die Koalitionsregierung nur den Lafai der Truschkapitalisten spielt. (Bravo bei den Kommunisten.)

Es war äußerst bezeichnend, daß weder eine Bürgerliche noch ein sozialdemokratischer Redner zu den Geschäftsberichten und den Anträgen der Kommunisten das Wort nahm. In der Abstimmung wurden die Anträge der Kommunisten auf Verhinderung der Stilllegungen von „Rhein 1“ und „Unser Fritz“ dem Ausschuss für Handel und Gewerbe überwiesen. Ebenso ein vom Genossen Abel begründeter Antrag auf Auffüllung der sogenannten „Berghauskassette“ aus den Ueberschüssen der „Preußag“.

Die namentliche Abstimmung über die Einführung der Siebenstundenschicht im Bergbau scheiterte wiederum an der künstlich herbeigeführten „Beschlussunfähigkeit des Hauses“. Zwar stimmten diesmal die Sozialdemokraten mit den Kommunisten für den Antrag, sie taten es aber nur, weil sie wußten, daß sich sämtliche bürgerlichen Parteien geschlossen an der Abstimmung nicht beteiligten.

gationen innerhalb der Arbeiterpartei ausschließt. Von jedem Delegierten wird in Zukunft verlangt, daß er restlos auf dem Boden der Politik der Arbeiterpartei steht. Alle anderen Delegierten werden zu keiner Tagung mehr zugelassen.

Mit diesem Beschluß, der noch über die Beschlüsse des Liverpooler Kongresses von 1925 hinausgeht, soll endgültig verhindert werden, daß Kommunisten, die bislang noch als Delegierte von Gewerkschaftsorganisationen auf den Kongressen der Arbeiterpartei auftraten, die reformistische Eintracht weiterhin fördern. Ferner richtete sich der Beschluß auch gegen die oppositionellen Anhänger der Magdon-Group, denen ebenfalls der Zutritt zu den Tagungen der Arbeiterpartei unmöglich gemacht wird.

Auf der Tagesordnung des Parteitages steht vor allem das **Wahlprogramm** der Partei. Angesichts des Fehlens einer jugendkräftigen Wahlparole haben sich die Macdonald u. Co. mit Eifer auf die schwebenden außenpolitischen Fragen gestürzt, in denen sie augenblicklich am leichtesten und gefahrlosesten Opposition machen können. So liegt denn auch dem Parteitag eine längere Resolution zur Außenpolitik der Baldwin-Regierung vor, die gestern in einer Sitzung der Exekutive ausgearbeitet wurde. Die Resolution wendet sich gegen die Außenpolitik der Baldwin-Regierung, im einzelnen gegen die Vorbehalte zum Kellogg-Pakt und gegen das Bündnis mit Frankreich und unterstreicht dafür den Kellogg-Pakt als ein wirksames Mittel zur Verhinderung des Krieges — natürlich mit Ausnahme der im Völkerebendspalt vorgesehenen Sanktionskriege, die notwendig seien zur Sicherung des Friedens. (!)

Die Resolution fordert Preisgabe des Flottenpaktes mit Frankreich, Einberufung der vorbereiteten Abrüstungskommission „so bald als möglich“ und sofortige Räumung des Rheinlandes.

Nach einem außenpolitischen Referat Macdonalds im Sinne dieser Entschließung wurde eine Abstimmung vorgenommen, die eine Annahme der Resolution ergab.

Eine Resolution über die restlose Billigung der Politik der Simon-Kommission in Indien, die Macdonald eingebracht hatte, wurde ebenfalls angenommen.

Schiedspruch für die Angestellten der ostober-schlesischen Schwerindustrie

Am 1. Oktober wurde in Katowitz von dem Schlichtungsausschuss für die Angestellten der Schwerindustrie ein Schiedspruch gefällt. Die Gehälter werden mit Wirkung vom 1. September um 8 Prozent erhöht. Der Schiedspruch gilt bis zum 28. Februar 1929. Die Entscheidung über die Ausgleichszulagen für die verschiedenen Angestelltengruppen in der Schwerindustrie wird ausgesetzt. Die Parteien haben sich binnen fünf Tagen über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches zu erklären.

Aus aller Welt

Fünf Jahre Gefängnis im Mordprozess Anthony

Berlin, 4. Oktober. Die am Mittwoch für nichtig erklärte Verhandlung im Totschlagprozess Anthony wurde am Donnerstag neu begonnen. In einer zusammenhängenden Darstellung wiederholte der Vorsitzende die Ergebnisse der Verhandlungen am Mittwoch, die von der Angeklagten kurz bestätigt wurden. Vom Verteidiger wurde darauf hingewiesen, daß die Angeklagte zur Zeit der Tat und schon vorher stark unter Blutungen und nervöser Schwäche gelitten habe. Der betreffende Arzt wurde geladen. Die Angeklagte setzte dann ihre Schilderung über die Vorgänge nach der Tat fort. Nach Abschluß der Verhandlung der Angeklagten trat das Gericht in die Beweisaufnahme ein. Der Sachverständige, Professor Strauch, schildert die Verletzungen der Frau Schüler als außerordentlich schwer. Der Kopf habe eigentlich nur noch an den Knochen gehangen. In seiner 20-jährigen Tätigkeit habe er solche Verletzungen noch nicht gesehen. Ein Beamter der Kriminalpolizei versucht die unerhörte Art des polizeilichen Verhörs, das eine Folter darstelle, zu verteidigen.

Die Zeugenvernehmungen ergeben nichts Wesentliches. Darauf nehmen die Sachverständigen das Wort. Sie bezeichnen zwar eine gewisse geistige Minderwertigkeit als vorliegend, verneinen aber eine Bewußtlosigkeit im Sinne des § 51. Damit schloß die Beweisaufnahme. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Keller nahm dann das Wort, um sechs Jahre Zuchthaus zu beantragen. Nach einstündiger Beratung wurde folgendes Urteil verkündet:

„Die Angeklagte wird wegen Totschlags zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihr auf die Dauer von drei Jahren aberkannt. Die Angeklagte trägt die Kosten des Verfahrens. Die Untersuchungshaft wird in voller Höhe angerechnet.“

Zusammenstoß auf der Berliner Untergrundbahn

In Berlin, 4. Oktober. Auf der Berliner Untergrundbahn hat sich am Donnerstag ein Zusammenstoß zweier Züge ereignet. Bei der Ausfahrt eines Zuges vom Untergrundbahnhof Potsdamer Platz geriet ein Passagier mit dem Fuß zwischen Zug und Tunnelwand und wurde schwer verletzt. Durch Ziehen der Notbremse wurde der Zug zum Halten gebracht und der Verletzte in ein Krankenhaus übergeführt. Durch den Aufenthalt wurde eine Verspätung der nachfolgenden Züge verursacht. In dem Bestreben, die Verspätung wegzumachen, übernahm der Führer eines Zuges das Haltezeichen und fuhr auf einen vor ihm fahrenden Zug auf. Die Fahrgäste beider Züge wurden zu Boden geworfen, ohne jedoch Verletzungen zu erleiden.

Bei Iewet noch

Hänsefeld ist auf seinem Fluge Berlin-Tokio in Panol eingetroffen. Die Angst, die man um ihn gehabt hat, hat sich also als unbegründet herausgestellt.

Grzejski billigt Polizeiterrror und Arbeitermord

Außer den kommunistischen Anträgen gegen die Besetzungsfragen gab es am Mittwoch im Landtag noch eine Debatte über den Antrag der SPD. wegen der Erschießung des Arbeiters Dwege am Pfingstsonnabend in Charlottenburg und betreffend die Polizeibrutalitäten bei der Beerdigung Dwege, wobei auch der Polizeivizepräsident Weiß verprügelt wurde.

Vorher wurde die Grundvermögenssteuer-Novelle, durch die das Gesetz über die Grundvermögenssteuer bis zum 31. März 1929 verlängert wird, verabschiedet. Genosse Schwenk kennzeichnete dieses Werkstättenähnliche Gesetz, indem er aufzeigte, in welcher ungeheuerlichen Weise von Kleinbauern und Steufern durch Zwangsversteigerungen die Grundvermögenssteuer eingezogen wird. Er forderte eine schärfere Belastung des Großgrundbesitzes durch weitgehende Staffelung dieser Steuer, Befreiung des Kleinbauernlichen Grundbesitzes und der kleinen Wohnungsgrundstücke, sowie Unterbindung der Umlegung der Grundvermögenssteuer auf die Mieter. Da diesen Forderungen der Kommunisten weder früher noch jetzt Rechnung getragen ist, so lehnen die Kommunisten auch die vorliegende Novelle ab. Das Gesetz wurde nach längerer Debatte gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Bei der Beratung des kommunistischen Antrages über die Brutalitäten der Grzejski-Polizei hielt der Deutschnationale Wort eine scharfmacherische Rede. Wenn die Regierung die Polizei bei den Vorgängen am Pfingstsonnabend in Schutz genommen habe, so habe sie das leider nicht getan bei den kurz darauf stattgefundenen Vorgängen, bei denen der Berliner Vizepräsident Weiß verprügelt, belästigt sein solle. Die Polizei habe durchaus annehmen müssen, daß der Mann, der sich in den Streit mit dem Ruf „Summitknüppel weg“ mischte, ein Mann aus den Reihen der kommunistischen Krawallmacher sei. Das Versehen sei gewiß nicht annehmbar gewesen, aber wenn es sich um Demonstrationen gegen den Staat handele, so müsse die Polizei fest zupacken. Mit seinem Erlaß, daß die Polizeibeamten von den Offizieren mit „Her“ anzureden seien, habe der Minister Grzejski einen Zwiespalt in die Polizei hineingetragen. Das um so mehr, als den Offizieren im Ministerium hinterherum erklärt werde, der Erlaß sei gar nicht wörtlich so gemeint.

Grzejski ließ eine Erklärung zu den mörderischen Terrorthaten der Berliner Polizei vom Stapel, in der er den deutschnationalen Redner noch weit übertraf. Die Mißhandlungen des Polizeivizepräsidenten Weiß bedauere er, er habe aber ein gewisses Verständnis dafür, weil er durch eigenen Augenschein erkannt habe, wie brutal und gemein sich die Kommunisten gegenüber den Polizeibeamten betragen. (Zuruf bei den Kommunisten: Freiheit!) Er sei deshalb bereit, die Polizeibeamten, selbst wenn sie sich gelegentlich einmal einen Uebergriß zuschulden kommen lassen sollten, zu decken. An sich sei der Waffengebrauch der Polizei nicht erwünscht, aber gegen die Störer der öffentlichen Ordnung und Sicherheit könne mitunter nicht anders vorgegangen werden. (Beifall bei der SPD, Pfeifen und Zischen bei den Kommunisten.)

Genosse Kasper antwortete auf diese beispiellose Heze des preussischen Polizeiministers, durch die er den monarchistischen Schärjmachern in der Schutzpolizei einen Freibrief für künftige Arbeitermorde ausstellte, in gebührender Weise. Die deutsche Arbeiterklasse wird diesen Polizeischergen einst außerparlamentarisch Antwort geben. Wenn dieser Minister noch so oft im Parlament heult, daß das Verhalten der Kommunisten gegen die Polizei-

beamten draußen und im Parlament im Gegensatz stehe, so haben wir doch die Genugtuung, daß im steigenden Maße die Polizeibeamtenschaft Sympathie für die kommunistische Partei empfindet. Die Art und Weise, wie die Ermordung des Arbeiters Dwege und die Polizeibrutalitäten bei seiner Beerdigung untersucht werden, um die ganze Schuld den Arbeitern zuzuschreiben, kennzeichnet das System der Grzejski-Severing-Polizei.

In eingehender Weise wies Genosse Kasper nach, daß die Behauptung des Ministerialrats Klausner im Hauptauschuß, die Polizeibeamten seien von einer Musikkapelle angegriffen worden, erlogen ist. Um die Wahrheit zu unterbinden, hat man ein System von Zeugenbeeinflussungen geschaffen, durch das die Zeugenaussagen so festgelegt und verabredet wurden, daß die Arbeiter allein die Schuldigen sein müssen. Dieses System hat man geschaffen, weil man weiß, daß es unter den unteren Beamten noch viele gibt, die noch nicht so moralisch überlastet sind, wie die Lafaienoffiziere der herrschenden Klasse. (Bravo bei den Kommunisten.) Die Schüsse, die in Charlottenburg gefallen sind, kamen aus Polizeirevolvern, zum Beweis dafür kann ich die Hülsen vorlegen, die an jenem Abend in der Bismarckstraße aufgesammelt worden sind. Die Heze, die der Minister Grzejski hier betrieben hat, entspricht dem Willen der herrschenden Klasse, er fühlt sich ja überhaupt nur als der Willensvollstrecker der Bourgeoisie. Wir verstehen diese Entwicklung und sind davon nicht überrascht. Wir wissen, daß bei der zunehmenden Zuspitzung der Klassengegenstände die bewaffnete Staatsgewalt immer brutaler und rücksichtsloser gegen die Arbeiterklasse eingesetzt wird und daß sozialdemokratische Minister und Polizeiprääsidenten die berufenen Handlanger der Bourgeoisie sind, um diesen Kampf gegen die Arbeiterklasse durchzuführen. In um so steigendem Maße aber werden die Arbeitermassen den wahren Charakter des kapitalistischen Staates und seines Polizeisystems erkennen und sich im revolutionären Kampfe gegen diesen Staat und seine sozialdemokratischen Polizeilafaien zusammenschließen. (Beifall b. d. Komm.)

Nach längerer Debatte, in der alle Redner den Arbeitermörderischen Polizeiterrror billigten und ihm Beifall gaben, wurde über den kommunistischen Antrag abgestimmt. Der Antrag, in dem gefordert war, die verantwortlichen Offiziere und Beamten sofort ohne Pension aus dem Dienste zu entlassen und zur Verantwortung zu ziehen, alle monarchistischen Offiziere aus der Schutzpolizei zu entfernen und den Gebrauch von Schuß-, Hieb- und Schwereckampfwaffen zu verbieten, wurde von allen Parteien, von der SPD. bis zu den Nationalsozialisten, gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Kongress der englischen Arbeiterpartei

Ausschluß der Opposition aus sämtlichen Funktionen

London, 3. Oktober. Vorgestern trat in Birmingham der Parteitag der Arbeiterpartei zusammen. Die Eingänge zum Tagungslokal wurden von Saalschutz und Polizeiposten, die auf Antrag der Partei-führung zur Verfügung gestellt wurden, bewacht. Außer den Parteiführern sind etwa 1000 Delegierte aus allen Teilen des Landes anwesend. Den Kongress eröffnete der ehemalige „Linke“ Abgeordnete Lansbury mit einer Kampfansage an die Kommunisten, die er als Feinde der Arbeiterbewegung bezeichnete.

Nach einer heftigen Rede Hendersons wurde gegen eine beträchtliche Minderheit eine Resolution angenommen, die die Kommunisten endgültig von allen Funktionen und verantwortlichen Dele-

Zum Verbandstag der preußischen Polizeibeamten

Am 29., 30. und 31. Oktober findet in Berlin der 5. Verbandstag des Preussischen Polizeibeamtenverbandes statt.

Selt dem letzten Verbandstag in Berlin hat sich in den Reihen der Polizeibeamten manches geändert.

Allgemeine Erörterung herrscht bei der Beamtenschaft über ihre gewerkschaftliche Spitzenorganisation, den Deutschen Beamtenbund.

Die dem Berliner Verbandstag vorliegenden Urträge zeigen, daß sich die Polizeibeamten nicht länger im Schlepplau der oberen Beamten führen lassen wollen.

Notwendig ist eine Einheitsorganisation aller Beamten, die sich zum entschiedenen freigewerkschaftlichen Kampf im Interesse der unteren und mittleren Beamten bekennt.

Das bedeutet härtesten Kampf gegen alle reaktionären Elemente im DDB, straffste Zusammenschluß der oppositionellen Beamtengruppen.

Die reaktionäre Führung und gegen die Macht der oberen Beamtengruppen im DDB. In dieser Richtung liegt die Möglichkeit, die reaktionären Elemente endgültig aus dem DDB auszuschalten und durch Organisierung des Bundes nach Fachpartien den Einfluß der unteren Beamten zu stärken.

Die Tendenz, die im Schrader-Verbande herrscht, eine neue, also eine dritte Beamtenschaftsorganisation aufzustellen, ist eine neue Gefahr.

Ein Verband muß eine Kampforganisation sein. Er darf nicht nur schöne Resolutionen entwerfen und Petitionen an die Regierung senden.

Auch die personelle Frage spielt in einer Gewerkschaft eine Rolle. Wenn Schrader für seine geharnischten Briefe an den Sozialdemokratischen Innenminister ein „Bravo“ nach dem andern aus den Reihen der Mitgliedschaft erheilt, nun, dann muß der Verbandstag klar aufsprechen, daß das lediglich ein daplerner Kampf war.

Im linksrheinischen Absperrungsgebiet

München-Glabbech, 4. Oktober.

Die Würfel sind gefallen. Die Unternehmer haben am Sonntagabendmittag 45 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen auf das Straßenpflaster geworfen, so daß mit den 5000 Ausgesperrten in Düren zusammen 50 000 Textilarbeiter ausgesperrt sind.

Vorum geht der Kampf?

Die Gewerkschaften fordern eine Erhöhung des Lohnes um 15 Prozent. Wegfall der Alfordpanne (heute dürfen mehr als 81 Pf. nicht verdient werden oder der Unternehmer ist berechtigt, den Alfordlohn herunterzusetzen).

Die Unternehmer antworteten mit dem Verlangen nach Abbau der Alfordlöhne bis zu 20 Prozent, führten es zum Teil sofort durch und forderten eine Verlängerung der jetzt bestehenden Tarifverträge bis Ende 1929.

Die jetzige Kampflage.

Der Kampfwille der Belegschaften ist als glänzend zu betrachten. Ueberall der Wille, durchzuhalten bis zum Letzten. Da die Gewerkschaften sich weigern, öffentliche Textilarbeiterversammlungen, an denen auch die Unorganisierten teilnehmen können, abzuhalten, hat die SPD schon eine Reihe von Versammlungen abgehalten.

vor. Und diese Absperrung der 50 000 wird dazu beitragen, Tausenden die Notwendigkeit des Klassenkampfes einzuhämmern.

Die oppositionellen Gewerkschaftler treten für die Forderungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes ein, verlangen aber zur erfolgreichen Durchführung derselben:

- 1. Wahl der Streikleitung durch die Arbeiter.
2. Ablehnung der Vermittlung der Schlichtungsinstanzen.
3. Die Einseitigkeit von Sammlungen für alle Ausgesperrten, auch für die Unorganisierten.
4. Einberufung von öffentlichen Textilarbeiterversammlungen.
5. Kein Abschluß der Bewegung ohne Zustimmung der Betriebsräte.

Die kommunistischen Fraktionen in Stadt, Kreis- und Landtagen haben sich bereit erklärt, sofort Urträge auf Unterstützung der Ausgesperrten zu stellen. Die Arbeiter in ganz Deutschland müssen bereit sein, die Textilarbeiter in ihrem schweren Kampf gegen die übermühten Unternehmer zu unterstützen.

50 000 Werftarbeiter im Streit

So geschlossen, wie die Werftarbeiter den Schlichtungsbescheid des Schlichters Stenzel abgelehnt haben, so haben sie am Montagmorgen den Kampf aufgenommen. Von allen Werftarorten wird die einmütige Kampfaufnahme berichtet.

Ämtliche Bekanntmachungen von Weißstein

Für die neuangelegte Bedürfnisanstalt der Gemeinde Weißstein wird eine Wäcterin gesucht. Als Bewerberinnen kommen nur alleinstehende Frauen in Frage, die bereits im Besitz einer Rente sind.

Der Gemeindevorsteher 44. 5. 1928

Verordnung des Gemeindevorstandes

Nachtrag zur Sitzung der Gemeindevertretung am Dienstag, 3. Oktober nachmittags 4 1/2 Uhr. Punkt 9: Antrag des Leiters der gewerblichen Berufsliste auf Teilung der Klasse IIa und IIb in Parallellassen.

Wir empfehlen unsere Buchdruckerei zur Anfertigung von Briefbogen und Rechnungen Preislisten, Werken aller Art Programmen, Einlasskarten Flugblättern und Plakaten bei allerniedrigster Preisberechnung Spezialität: Massenanlagen PEUVAG Papier-Erzeugungs- u. Verwertungs-Akt.-Gesellschaft - Berlin Filiale Breslau Trebnitzer Str. 50 - Telefon 23837

Welches strebame Ehepaar wünscht sich ein gutes gewinnbringend. Geschäft durch Uebernahme eines Kommissions-Warenlagers? Geld nicht erforderlich, wenn höhere Bürgschaft vorhanden. Vorherige Fachkenntnisse nicht nötig, da selbige leicht zu erlernen sind.

Radio - Anlagen und Grammophone in allen Preislagen. Streng reelle und fachmännische Bedienung. Kostenlose Vorführung aller Apparate bereitwilligst in den Geschäftsräumen der Radiofonbau-Gesellschaft m. b. H. STREIBLEN Paul-Ehrlichstraße 14 (Nähe Ring)

Man erst recht

Die bürgerliche Presse wendet als nach ihrer Meinung wirksamstes Kampfmittel gegen das Volksbegehren das vollkommene Zerschneiden der Protestaktionen des Proletariats gegen Panzerkreuzerbau und Kriegsküstungen an.

Obwohl sämtliche Breslauer Tageszeitungen vom städtischen Presseamt Benachrichtigung über die Einzelschickungslotale sowie die Einzelschickungslotale erhalten haben, hat keine einzige Zeitung diese Bekanntmachung veröffentlicht.

Ein Panzerkreuzer kostet, niedrig gerechnet, 80 Millionen Mark, Dazzu können, ohne jeden weiteren Zuschuß aus Gemeinde- oder Hauszinssteuermitteln, allein 8000 Wohnungen zu je 10 000 Mark Baukosten hergestellt werden.

An der wertvollen Bevölkerung liegt es nun, ob Wohnungen oder Panzerkreuzer gebaut werden. Die kommunistische Partei hat dem Proletariat die Möglichkeit gegeben, sich darüber zu entscheiden.

Ordnung der Breslauer Polizei

Gegen 1000 Polizeibeamte, davon 800 Schupo-Beamte und ungefähr 200 Kriminalbeamte, waren vom Breslauer Polizeipräsidenten in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag aufgebunden worden.

Über nicht nur in Breslau, sondern in ganz Preußen wurde in denselben Nachtstunden diese Razzia durchgeführt. Vom preussischen Innenminister, Herrn Erzsehnitz, war diese Maßnahme angeordnet worden, um möglichst zahlreiche Personen, die von den Behörden, der Polizei, den Staatsanwaltschaften, den Strafverfolgungsbehörden gesucht werden, sich bisher aber allen Nachforschungen entziehen konnten, zu ermitteln und festzunehmen.

„Der Einundvierzigste“

Die Gewerkschaftshauslichtspiele zeigen einen neuen russischen Film aus der Zeit des Krieges der Roten Armee gegen die weißen Banditen im Süden Rußlands. Wir werden Zeugen der übermenschlichen Strapazen, die eine Truppe verstreuter Rotgardisten während eines wochenlangen Marsches durch die Wüste zu überwinden hat.

Aufruf an die Arbeiterschaft des Obdauers Tors!

Sonntag 9 Uhr erscheinen alle Mitglieder der Partei, des R.F.V. und der übrigen Organisationen zur Hauspropaganda im Lokal Wolff, Königgräber Straße. Sympathisierende sollen sich rege daran beteiligen.

Unfall. Gestern abend gegen 19 Uhr rannte ein 17-jähriges Mädchen in einen aus der Weinstraße in die Nebengasse einbiegenden Radfahrer. Es erlitt eine Gehirnerschütterung und wurde mit dem Unfallwagen nach einem Krankenhaus gebracht.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen
Breslau.
- Stadteil Nord. Sonnabend 20 Uhr alles bei Schneider, Rosenstr. Sonntag treffen sich alle Parteimitglieder und Sympathisierenden in der „Stadt Ramslau“, Rattigstraße.
- Stadteil 4. Sonntag, 7. Oktober, Landpropaganda mit Auto. Zur Dedung der Unkosten zahlt jedes Mitglied der Organisation 1 Mark, Arbeitslose und Jugendliche 0,50 Mark. Abrechnung der Fahrtkosten Sonnabend 16-18 Uhr bei Panke. Abfahrt des Autos Sonntag früh 7,30 Uhr Friedrichstraße 41.

Obdachlosenelend, Panzerkreuzerbau und Stadtparlament

Kommunistische Anträge gegen das Mhl - Stadtrat Genosse Ammon sorgt für Abhilfe - Sozialdemokratisch-deutschnationale Panzerkreuzerfront

Breslau, 5. Oktober.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung war von verhältnismäßig kurzer Dauer. Unter den 25 Tagesordnungspunkten waren nur drei von Bedeutung: Die Erhöhung der Pflegegeldsätze für die in Privat- oder Anstaltspflege untergebrachten Kinder, die Schaffung von 120 Wohnungen für obdachlose Familien sowie der kommunistische Antrag gegen den Panzerkreuzerbau.

Zu dem ersten dieser drei Punkte hatte die kommunistische Fraktion einen Zusatzantrag gestellt, der endlich die durch nichts begründeten Unterschiede in den Pflegegeldsätzen, die zwischen den verschiedenen Altersstufen und der Anstalts- und der Privatpflege bestehen, beseitigen sollte.

Bei der Beratung des zweiten Punktes erfuhr man aus dem Munde des kommunistischen Stadtrats, des Genossen Ammon, dem seit 14 Tagen das Obdachlosensystem unterstellt ist (das Kriegsfürsorgegremium hat ein Sozialdemokrat erhalten) daß es sich um ein malenorratisch begonnen werden soll, die fürchterliche Not der Obdachlosen zu lindern.

Der Antrag gegen den Panzerkreuzer wurde, wie nicht anders zu erwarten war, abgelehnt. Die sozialdemokratisch-deutschnationale Panzerkreuzerfront stand unerschütterlich. Eine Feststellung, auf die die Kommunisten-Fraktion wahrlich nicht stolz zu sein braucht.

Zu Beginn der Sitzung wird der neue parteiellische Stadtrat Dr. Schimmler eingeleitet. Schimmler ist seinerseits für den die Industrie vor den Wahlen durch besondere Beiträge der Volkspartei das Mandat ablaufte.

Die fünfte Episode führt darauf der Anführer-Rang-Mann Stein herbei, indem er sich bitter beschwert, daß, trotzdem ihnen die Deutschnationalen das vorher versprochen hatten, sie keine Berücksichtigung bei den Deputationen seitens dieser Partei gefunden haben.

Bei der Ergänzungswahlen wird der Genosse Meim in die Ausschüsse I (Verfassungsausschuss) und VIII (Staatsauschuss) gewählt. Die neue Markthallenordnung wird, vorbehaltlich einer nachmaligen Überprüfung, angenommen.

Erhöhung der Pflegegeldsätze

für die in Stadt- und Anstaltspflege untergebrachten Kinder zur Beratung. Der Ausschuss empfiehlt eine zehnprozentige Erhöhung auf 30 Mark, 27 Mark, 25 Mark. Genosse Jahn wirft dem Magistrat vor, daß er keine Verpflichtungen nicht hält.

Der Antrag gegen den Panzerkreuzer wurde, wie nicht anders zu erwarten war, abgelehnt. Die sozialdemokratisch-deutschnationale Panzerkreuzerfront stand unerschütterlich. Eine Feststellung, auf die die Kommunisten-Fraktion wahrlich nicht stolz zu sein braucht.

Die Erhöhung der Pflegegeldsätze für die in Stadt- und Anstaltspflege untergebrachten Kinder zur Beratung. Der Ausschuss empfiehlt eine zehnprozentige Erhöhung auf 30 Mark, 27 Mark, 25 Mark.

- Stadteil Zentrum. Alle erwerbslosen Genossen finden sich täglich um 10 Uhr im „Turmhof“ ein.
- Stadteil Zentrum. Sämtliche Funktionäre heute 20 Uhr im „Turmhof“.
- Stadteil West. Sämtliche Parteigenossen Sonnabend 17 Uhr im Agitationslokal „Anglerheim“, Leuthenstraße.

Deutschnational. Sonnabend 19,30 Uhr öffentliche Versammlung. Freiburg. Sonnabend 18,30 Uhr Antreten sämtlicher Genossen und R.F.V.-Kameraden beim „Kreuz“ zum Propagandamarsch für das Volksbegehren. - Sonntag früh 9 Uhr Antreten beim Wilhelmshof. Ziel Kunzendorf.

Kommunistischer Jugendrat. Achtung, Ortsleitungen! Was habt ihr unternommen zum Volksbegehren? Sofort in Verbindung treten mit den örtlichen Parteileitungen!
Breslau.
- Montag 19,30 Uhr Mitgliederversammlung bei Reimann, Neue Antonienstraße.
- West. Sonntag 8 Uhr Antreten am Striegauer Platz. Jung-Sportklub-Bund

Leiterführung Freitag 20 Uhr bei Wagner, Messergasse. Gruppe Nord. Sonntag 10,30 Uhr Antreten Waterloo-Platz. Die gesamte Ortsgruppe tritt Sonntag früh 10,30 Uhr am Reigenburger Platz zur Demonstration an.

Noter Frontkämpfer-Bund
Breslau.
- Abt. 2. Freitag von 18,30 bis 20 Uhr Blaskonzert, Dirichstraße, Ecke Scheitniger Straße.
- Sonntag Sämtliche Kameraden um 9 Uhr bei Köjner, Uferstraße.
- Abt. 3. Sonnabend 20 Uhr alles bei Schneider, Rosenstraße. Sonntag 10,30 Uhr Antreten in der „Stadt Ramslau“.

Abt. 4. Sonnabend 17 Uhr Antreten aller Kameraden mit Frauen und Sympathisierenden am Striegauer Platz.
- Abt. 5. Sämtliche Funktionäre heute 20 Uhr im „Turmhof“.
- Abt. 5. Alle erwerbslosen Kameraden finden sich täglich um 10 Uhr im „Turmhof“ ein.
- Abt. 6. Sämtliche arbeitslosen Kameraden stellen sich den ganzen Tag zur Verfügung. In Arbeit stehende Kameraden ab 18,30 Uhr im Lokal Panke, Friedrichstraße 41.

Strehlen. Sonnabend 18 Uhr Funktionärsführung bei Wende. Alle Funktionäre der Partei, des R.F.V. u. der R.D. haben zu erscheinen.

Verhältnisse auf dem Ringe zu verbessern, wird beschlossen, gegen 20 000 Mark Entschädigung die Ringstraße 53, 54 und 55 zu enteignen.

Eine wichtige Vorlage ist die auf Bau von 120 Wohngelegenheiten für obdachlose Familien, die an der Bergstraße errichtet werden sollen. Die Kosten würden sich auf insgesamt 740 000 Mark stellen. Für die kommunistische Fraktion legt Genosse Jahn in sehr eindringlicher Weise

Die fürchterlichen Zustände im Obdachlosensystem auf der Magasinstraße dar. Dort gibt es keinen Raum für Säuglinge, so daß die Mütter direkt gezwungen werden, ihre Kinder ins Säuglingsheim zu geben. Dazzu aber berechnet der Magistrat pro Tag 4,90 Mark. Eine obdachlose Mutter soll für die Zeit vom März bis August, in der sich ihr Kind im Säuglingsheim befindet, 711 Mark (11) bezahlen.

Unhaltbar sind im Mhl auch die Wohnverhältnisse. Über hundert Familien müssen sich mit 24 Gaststernern begnügen. Außer dem sind noch weiterhin das Fehlen von Schränken, Heizkörpern und Krankenzimmern. Das beste Mittel, diese Verhältnisse zu heilen, ist, den Behagernwerten Wohnungen zu zuweisen.

Stadtrat Genosse Ammon stimmt der Genossin Jahn in ihrer Kritik an den unhaltbaren Zuständen im Mhl zu. Man müsse sich in Breslau einmal klar darüber werden, daß in das Obdachlosensystem keine Familien gehören. Diese müßten schnellstens in Wohngelegenheiten untergebracht werden. Der Bau von 120 Wohngelegenheiten soll dem Elend wenigstens etwas abhelfen. Im Mhl auf der Magasinstraße habe er bereits eine Reihe Verbesserungen vorgenommen. So wird ein Arztzimmer mit Krankenstation eingerichtet werden. Einige weitere gewünschte Änderungen seien ebenfalls in Aussicht genommen. Zum Schluß verspricht er, daß er alles tun wird, die Lage der Obdachlosen, soweit es in seinen Kräften steht, zu verbessern. Die Vorlage wird nach längerer Debatte, in der besonders von Meierfeld die Bestrebungen des Genossen Ammon anerkannt werden, angenommen.

Dringlichkeitsanträge, die Pflasterung der Berge, Märkische und Schmolzer Straße sowie verschiedene Wünsche der Bewohner der eingemeindeten Orte Goldschmieden, Stabelwitz, Marschwitz, Mafelschütz und Deutsch-Lissa betreffend, werden angenommen. Letzter Punkt der Tagesordnung ist der

Kommunistische Antrag gegen den Bau des Panzerkreuzers. Genosse Meim begründet ihn. Der Bau des Panzerkreuzers ist eine Angelegenheit, die auch die Kommunisten angeht. Immer wieder hört man, daß zur Bekämpfung dringender Ausgaben die Mittel fehlen. Den größten Teil der kommunalen Ueberwälungssteuern behält das Reich für sich. Verschiedene Anträge der Kommunisten, den auf die Gemeinden entfallenden Teil zu erhöhen, wurden von seit des Reichs mit dem Hinweis auf die „geringen Mittel“ abgelehnt. Doch aber solche vorhanden sind, bewirkt der Bau des Panzerkreuzers.

Vorläufig sind für das Notenaufschöpfungsprogramm 500 Millionen Mark vorgesehen. Die Kommunisten wenden sich mit aller Schärfe dagegen und erinnern dabei an die Notwendigkeit des Banes von Wohnungen, einer besseren Unterstüßung der Erwerbslosen, der Kriegs- und Arbeitslosen. Vor den Wahlen war es Hermann Müller, derselbe Mann, unter dessen Reichsstaatsanwaltschaft der Panzerkreuzer gebaut werden soll, der am 17. Mai erklärte: Erst Brot, dann Panzerkreuzer! Da Genosse Meim im weiteren Verlauf seiner Ausführungen den bürgerlichen Schein derlei vorwirft, verurteilt der Stadtverordnetenversammlung ihn zu unterbrechen. Genosse Meim beendet aber erst seine Rede mit der Aufforderung, für den kommunistischen Antrag zu stimmen, worauf der sozialdemokratische Vortrager, Herr Wandmann, fürchtbar aufgeregt, dem Genossen Meim endlich einen Ordnungsruf erteilen kann, weil es unerlaubt sei (!), den bürgerlichen Schein vorzumischen.

Da bei den Sozialdemokraten Mache fehlt, ohne dessen Einwilligung wahrscheinlich kein anderes Mitglied der SPD-Fraktion zu politischen Fragen sprechen darf, schweigen sich die Sozialdemokraten mit viel Mut und noch mehr Vorlicht tapfer aus. Der Antrag wird sodann, da auch von den bürgerlichen niemand zu sprechen mag, gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Um 20 Uhr ist Schluß der Sitzung.

Sonnabend 19,30 Uhr Mitgliederversammlung bei Wende. Mittwoch, Freitag 19 Uhr im „Eisernen Kreuz“ Kameradschaftsabend. Noter Frauen- und Mädchen-Bund

Breslau.
- Abt. 2. Sonntag 10,30 Uhr alles antreten an „Stadt Ramslau“.
Sonstige Organisationen
Breslau.
- Internationaler Bund der Kriegssopier. Freitag 19,30 Uhr Versammlung; Gausleiter anwesend. Lokal Ursulinerstraße 21. - Funktionäre um 18,30 Uhr.

Rein-Wochern, Note Hilfe. Sonntag 9 Uhr bei Gieseler Mitglieder-versammlung. Mitgliederbücher mitbringen.
Note Hilfe, Freiburg. Freitag 19,30 Uhr wichtige Mitglieder-versammlung im „Grünen Baum“.
Metallarbeiterverband Dels. Freitag 20 Uhr Quartalsversammlung im Lokal Volksgarten.

Weißstein, Arbeiter-Samariterkolonne. Sonntag 14 Uhr Monatsversammlung im Feuerwehrtdepot. Vor der Versammlung Materialausgabe. Statistik mitbringen.
Waldenburg-Altwasser, Arbeiter-Samariterkolonne. Sonntag 9 Uhr im „Eisernen Kreuz“ Altwasser Vierteljahresversammlung. Mitgliederbücher mitbringen.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele
Nur noch heute, Freitag, den 5. Okt. 17 und 20 Uhr - Jugend verboten
Ein Liebesabenteuer im Kaukasus

„Der 41.“
Reichhalt. Werbeprogramm: „Land der 1000 Freuden“ „Glas mod. Landwirtschaft“ „Dieser f. alles“ „Spezial II. Teil“

Emelka-Woche
50 Pfg. Einheitsplatz auf Ausweis des Besuherkreises, ohne 70 Pfg.
Arbeitslose und Invaliden 25 Pfg., nur bis 17,30 Uhr
Arbeiter Sportkartell Breslau F. V.

Waldenburger Bergland

Heute, Freitag 17 Uhr, „Edelstein“, Waldenburg
wichtige

Parteiarbeiter-Konferenz

an der besonders die freikundigen Genossen teilnehmen müssen. Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Sobotta Berlin

Groß-Waldenburg

Achtung, Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen!
Freitag 20 Uhr im „Eisernen Kreuz“, Altwasser, Kundgebung gegen Panzerkreuzer, für Volksentscheid.
„Mater Kummel“ der Agitproptruppe des KPD.
Junge und erwachsene Arbeiter, erscheint in Massen!

Wie kranke Bergarbeiter behandelt werden.

Wie die Bergarbeiter durch die Bezirksknappschafftsärzte behandelt werden, zeigt wieder einmal folgender Fall. Der Hauer Wolf in Altwasser, der an chronischer Mittelohrentzündung leidet, die sein Nervensystem beeinträchtigt, wurde nach einigen Tagen Krankheitsdauer dem Vertrauensarzt Rodewald überwiesen. Dieser mochte wohl doch nicht die Arbeitsfähigkeit aussprechen und überwies den Arbeiter an den Knappschafftsarzt Quass, welcher dann auch prompt W. als arbeitsfähig entließ. Außerhand, die Arbeit aufzunehmen, sah sich nun Wolf, nachdem ihm die Fürsorge der Knappschafftsverwaltung blies, veranlaßt, einen vereidigten Sachverständigen für Nervenleiden in Breslau aufzusuchen. Dieser stellte in seinem Fachgutachten auch die Arbeitsunfähigkeit fest. Wolf, der nun weiter krank fiert, mußte das städtische Wohlfahrtsamt in Anspruch nehmen, und hat einen Prozeß auf Weiterzahlung des Krankengeldes gegen die Knappschafftsverwaltung eingeleitet. Man darf nun gespannt sein, wie sich die Bezirksknappschafftsverwaltung verhalten wird. Die Bergarbeiter müssen durch die Wahl Klassenbewußter Kollegen zu Knappschafftsräten solche Zustände beseitigen.

Neuhaus eingemeindet. Einer Bekanntmachung des Amtsvorstehers entnehmen wir: Nach dem Staatsministerialbeschuß vom 11. September 1928 ist der Gutsbezirk Neuhaus vom 30. September 1928 ab mit der Landgemeinde Dittersbach vereinigt worden. Die bisherigen Einwohner des Gutsbezirks Neuhaus werden vom 1. Oktober 1928 ab Einwohner der Gemeinde Dittersbach und nehmen an den Rechten und Pflichten derselben teil. Der Amtsbezirk Neuhaus gilt mit dem gleichen Zeitpunkt als aufgelöst.

Oberes Revier

Ertschossen aufgefunden

Am Mittwochfrüh wurde auf der Feldmark Gaba ein junges Mädchen erschossen aufgefunden. Nach den Ermittlungen handelt es sich um die 17jährige Fabrikarbeiterin Martha Geyppert aus Schwarzwaldau. Sie dürfte sich das Leben genommen haben. Die Leiche ist von der Polizei beschlagnahmt worden.

Schwerer Sturz. Bei Renovationsarbeiten stürzte der Lehrling Zindel in Gottesberg von einem Baugerüst in der Höhe des 3. Stockwerkes ab und blieb schwer verletzt liegen.

Freiburg

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Sonnabend 20 Uhr im „Schützenhaus“ Versammlung. Mitgliedsbücher mitbringen. Diejenige Kolonie, der Traggurte fehlen, kann sich melden mit Angabe des Erkennungszeichens.

Königszell

Was in Butter scheint in der Gemeinde Königszell zu sein, denn seit unmerkbar langer Zeit hat keine Vertreterprüfung stattgefunden.

Alle Arbeiter, insbesondere die Porzellanarbeiter, zeichnen sich in die Liste zum Volksbegehren ein. Das Geld muß für soziale Zwecke Verwendung finden. Wer sich nicht eintragen läßt, zeigt damit, daß er noch zu wenig Steuern zahlt.

Schweidnitz

Arbeiter, die keine Arbeiter sein wollen. Uns wird geschrieben: Die seit einigen Jahren hier bestehende Ortsgruppe des Arbeiter-Radio-Klubs hat sich bis jetzt immer mehr im nicht proletarischen Sinne gezeigt. Obwohl man annehmen sollte, daß gerade in einer solchen Vereinigung die politischen Gegensätze nicht im Vordergrund stehen müssen, so beweist das Verhalten der SPD-Mitglieder (nicht zuletzt des Vorstandes selbst), daß immer wieder die „kommunistischen Genossen“ die Schuld an der Ohnmacht der Arbeiterklasse auf sich nehmen sollen. Zum Beweise des Gegenteils seien einige Tatsachen angeführt: Die technische Fortbildung müssen die meisten Mitglieder sich selbst aneignen, denn die dazu auserlesenen Personen haben zu wenig Geduld und Verständnis bei Vorführungen und Erklärungen von Schaltungen, Fragen usw. von seiten interessierter kommunistischer Genossen! ... Einen kameradschaftlichen Umgang aller Gruppenmitglieder untereinander gibt es nicht. (Ja nicht das proletarische „Du“ zur Anrede benutzen; nie vergessen, daß ein kleiner Angelegter mehr gilt, als ein großer Arbeiter; nur nicht den bürgerlichen Epizömbler werden lassen u. a. m.) ... Sogar so, wie beim Arbeiter-Gesangverein, wird auch hier der Gedanke erwogen, im Namen „Arbeiter-R.K.“ das Wort „Arbeiter“ zu streichen. Es ist Zeit, daß sich der Vorstand bewußt wird, daß ein solches Verhalten einer Arbeiter-Organisation unwürdig ist.

Landeshut

Das Ehepaar Wolschner zu unrecht verdächtigt

Wolfs-Landesdienst meldet: Das Ehepaar Wolschner aus Schmalberg, das unter Verdacht, begangen an seinem 2 1/2-jährigen Kinde, verhaftet worden war, ist aus dem Hirschberger Untersuchungsgefängnis entlassen worden. Entgegen einer von anderer Seite verbreiteten Meldung ist in der Leiche des Kindes kein Gift gefunden worden. Auch ist dem Ehepaar bisher nur ein einziges Kind im Alter von fünf Monaten gestorben, dessen Leiche seinerzeit ebenfalls seziert wurde. Dabei wurde festgestellt, daß dieses Kind nicht durch Gift, sondern einer Darmkrankheit erlegen ist. Ebenfalls ist nicht richtig, daß der Ehemann Wolschner bei seiner Verhaftung einen Selbstmordversuch unternommen habe. Das Ehepaar Wolschner führt das gegen sie gerichtete Verfahren auf Anzeige einer ihm feindselig gesinnten Familie zurück.

Sollte diese Meldung zutreffen, dann würde hier einer der unersetzlichen Fälle leichtfertigster Anschuldigung vorliegen. Es ist heute sehr bequem, die Schuld auf die „feindselig gesinnte Familie“ zu

schleichen. Tatsache aber ist, daß die Anschuldigungen von großen Korrespondenzen — offenbar der Sensation halber — gierig aufgegriffen und durch sie an die Presse weitergeleitet wurden.

Wo und wann zeichnet man sich in Landeshut zum Volksbegehren ein?

Laut amtlicher Bekanntmachung des Magistrats können die Eintragungen zum Volksbegehren in der Zeit vom 8. Oktober bis 16. Oktober getätigt werden an den Werktagen von 11 bis 13 Uhr und von 16 bis 20 Uhr. An Sonntagen in der Zeit von 10 bis 12 Uhr. Die Eintragungslisten liegen im Rathaus, für den ersten Stimmbezirk im Zimmer 14, (1. Stimmbezirk folgende Straßen: Böhmisches Str., Brauhausplatz, Fischstr., Friedrichstr., An der Friedhelmstr.), für den zweiten Stimmbezirk im Zimmer 17, (2. Stimmbezirk folgende Straßen: An der Hoberbrücke, Bismarckstr., Gartenstraße, Kirchgasse, Kirchplatz, Liebauer Str., Mollstr., Postengasse, Schmiedeberger Str., Trautenaue Str. 1-0 und 21-34, Wallstr. 1-20 und 47-51), für den dritten Stimmbezirk im Zimmer 18, (3. Stimmbezirk folgende Straßen: Volkshainer Str., Mählagradenpromenade, Oberstr., Schlachthausstr., Alte Vogelstößer Str., Wallstr. 21-46, Verlängerte Wallstr., Waldenburger Str., Alte Waldenburger Str.), für den vierten Stimm-

bezirk im Zimmer 6, (4. Stimmbezirk folgende Straßen: Reichstraße, Frahnestr., Melchnerplatz, Am Mählagraden, Mühlfstr., Schamberger Str., Stedlungen, Stadtwaldweg, Haderstr., Hegeleweg, Heilstätten), für den fünften Bezirk im Zimmer 7, (5. Bezirk folgende Straßen: Weichstr., Breitenau, Pöschelstr., Richardsgäßchen, Schiekhaustr., Schiekhauplatz, Trautenaue Str. 10-20), für den sechsten Bezirk im Zimmer 8, (6. Bezirk folgende Straßen: Bahnhofsstr., Feldweg, Kugelstr., Koppelhofstr., Leppersdorfer Str., Reupendorfer Str., Roonstr., Schloßweg, Schreibendorfer Str., Schulweg, Stiftsweg). Proletarier, geht sofort und tragt euch ein, helfst die noch Jögenden aufzutreten.

Man an den Feind! Um die ungeheure Arbeit der Aufklärung auf dem Lande zum Volksbegehren zu bewältigen, findet kommenden Sonntag ein Landsonntag statt, an dem alle Genossen sich zu beteiligen haben. Die Einteilung erfolgt Sonnabend 18 Uhr in der „Sonne“. Die Mitglieder der proletarischen Organisationen, die sich am Volksbegehren beteiligen, haben sich ebenfalls einzufinden. Darum alle Mann an die Front, ran an den Feind gegen Zerstörung, Gleichgültigkeit und Lüge.

Jauer

Heraus zur öffentlichen Versammlung!
Sonnabend 20 Uhr findet im „Grünen Adler“ eine öffentliche Versammlung der kommunistischen Partei statt, die sich mit dem Volksbegehren beschäftigt wird. Zahlreicher Besuch wird erwartet!

Niederschlesien

Görlitz

Görlitzer Splitter

„Kommunistische Schmierfinken“, so lautet die Antwort der Görlitzer „Volkszeitung“ auf unser Flugblatt. Nichts als Wut spricht aus ihren Zeilen, es ist ja auch unerschämte, wenn man das zu lesen bekommt, was man selbst geschrieben hat. Nur Wahrheit steht in dem Flugblatt, alles das, was die „Volkszeitung“ selbst gebracht hat. Die Aufregung darüber ist groß, weil wir den Kopf der Lante von der Luisestraße gebrauchten. Wir können doch nichts anderes bringen, denn unter diesem Kopf sind doch die Platte erschienen. Sie wollen aber nichts davon hören und scheuen die Wahrheit, wie der Stier das rote Tuch. Es ist aus damit, daß ihr die Massen weiter mit seeren Redensarten abspießen könnt, wir werden das bringen, was ihr selbst euren Wählern versprochen habt. Warum die Aufregung, weil ein M. d. L. das Flugblatt zeichnet, ihr habt wohl in eurem Regierungswahn überhaupt vergessen, was ihr früher getan habt. Wenn man sich natürlich bloß um fette Posten und um den „Bund religiöser Sozialisten“ kümmern muß, so kann man über etwas anderes nicht mehr nachdenken. Wir trauen euch auch nicht zu, daß ihr 20 Jahre zurückdenken könnt, denn dazu seid ihr schon viel zu sehr torumpiert. Wenn ihr gegen uns mit dreidigen Redensarten aufzuwarten gedenkt, möhlauf, wir tanzen den Reigen mit. Die Wahrheit werden wir verkünden in Wort und Schrift und werden eurem Gefläß entgegen-treten, wo es nur sein kann. Und wenn zuletzt in eurem Artikel noch ein paar Sätze über Thälmann stehen, so beweist das eure eigene Dummheit. Die kommunistische Partei bringt alles in die Doffenlichteit, der Genosse Thälmann hat keine Unterschlagung begangen, und das Vorgehen der Partei gegen ihn ist ein Beweis, daß mit der größten Strenge gegen jeden vorgegangen wird. Es ist nicht so wie in der SPD, wenn ein Liebes Kind von der Luisestraße Unterschlagung gemacht hat, daß man bei den Geschäftsleuten festsetzt, um das Manko zu decken. Sollte euer großes Maul in dieser Art weitergehen, so werden wir in einem Flugblatt eurem Saufkall der Doffenlichteit präsentieren. Wir werden uns von euch nicht verblüffen lassen; der Gedanke des Klassenkampfes wird siegen, auch ohne eure hohlen Köpfe.

Sprottau

Zeichnet euch ein zum Volksbegehren!

Laut Bekanntmachung liegen die Eintragungslisten für den Stadtbezirk Sprottau einchl. des Stadtteils Eulau von 8-13 und von 15-19 Uhr, Mittwoch und Sonnabend nur von 8-13 Uhr und Sonntags von 10-12 Uhr im Zimmer Nr. 10 des Rathauses aus.

Die Polizei, die regelt den Verkehr ...

Ja, schon, aber zufälligerweise trifft dies in Sprottau nicht immer zu. Denn eines schönen Tages fand man den Polizeimeister Urbanke schwer betrunken im Rumpfen. Und wieviel Stunden am Tag war er sonst wirklich nüchtern? Vor kurzem wurde er einem Kriegsinvaliden gegenüber so ausfallen, ebenfalls in „gehabener Stimmung“, daß man ihn vom Amte suspendieren mußte. Und jetzt wurde der Polizeimeister Urbanke ebenfalls seines Amtes enthoben. Weshalb? Man konnte ja schon ein Liedchen von Saufereien und ähnlichen „Fällen“ der beiden während ihrer Dienstzeit singen. Jetzt sind wir nur gespannt, ob noch mehrere ein solches Schicksal ereilt.

Neusalz

Vom Auto erfasst und getötet. In Peitzendorf, Kr. Freystadt, ereignete sich ein Verkehrsunfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Der erst seit kurzem dort angestellte Lehrer Erich Krause war im Begriff, mit seinem Fahrrad nach Neusalz zu fahren. Kurz beim Ausgang des Dorfes wollte er einem von Neusalz kommenden Auto ausweichen und fuhr über die Straße von links nach rechts. Im selben Augenblick kam von Freystadt ein anderes Auto. Der Unglückliche wurde erfasst, zu Boden gemorfen und auf der Straße mitgeschleift. Er erlitt furchtbare Wunden am Hinterkopf, denen er in wenigen Augenblicke erlag. Der Verunglückte stand in den 30er Jahren und hinterläßt Frau und ein dreijähriges Kind.

Glogau

Am Zahn zerquetscht. In Brostau schaute auf der Dorfstraße ein vom Maschinenführer Peitner gelenktes Gespinn. Der Kutscher wurde vom Wagen geschleudert und so unglücklich gegen einen Baum gedrückt, daß er schwere innere Verletzungen erlitt, denen er nach glücklich überstandener Operation noch am gleichen Tage erlag. Seine Ehefrau hatte eben erst eine schwere Operation überstanden.

Liegnitz

Die neugierige SPD.

Gewöhnlich besteht die Arbeit der „Volkszeitungs“-Redakteure im Punkte Kommunistenhege nur im Abdruck des sozialdemokratischen Presseblattes. Wird einmal örtlich etwas fabriziert, wie es in der Sonntagsnummer geschah, so ist es auch nicht einmal die Arbeit eines Redakteurs, sondern es wird mit den schönen Worten „Uns wird geschrieben“ gedruckt. Wie dabei geschwindelt wird, ist bekannt für uns. Der Artikel, resp. das „Eingekampt“, in dem das Reichsbanner behauptet, mit dem Stahlhelm zusammen nicht aufmarschieren zu können, soll nicht nur in der Zeitung gestanden haben, sondern hat dort gestanden, und zwar in der 2. Beilage der „Volkszeitung“ vom 4. 9. 1928, Seite 2. Lieber Artikelschreiber! Dir zur gefl. Kenntnis, daß der Berichterstatter nicht neu ist, sondern schon lange diese Funktion ausübt. Daß wir vom Liegnitzer Reichsbanner behauptet haben, daß es nur aus dem Vorstand und sieben Personen besteht, ist eine große Lüge. Lernet erst einmal lesen, ehe ihr solche Behauptungen aufstellt, und verwechselt nicht die Rubrik „Waldenburger Bergland“ mit „Niedererschlesien“. Zur Frage, was es die SPD angeht, was das Reichsbanner macht, die Antwort: Wir werden nicht eher ruhen und stets aufklärend wirken, bis der letzte ehrliche, aber von euch irreführende Prolet erkannt hat, daß er nicht in die Reihen des Reichsbanners, vereint mit Massen und Gelbhademokraten, gehört, sondern in der SPD. gegen alle Feinde des Proletariats und deren Beschützer zu kämpfen hat.

Schlechte Geographie-Kenntnisse

Dem Liegnitzer „Tageblatt“ raten wir, sich eine Landkarte von dem rrrr Sowjetrußland anzuschaffen, denn sonst merkt man bei den Artikeln so sehr die Zeitungsenten. Ueberschrieben ist ein Artikel: „Was in Moskau alles gestohlen wird“, und dann liest man: Eine Gruppe von Dieben hat in Leningrad, dem alten Petersburg, ein ganz neues Betätigungsfeld gefunden usw. Gut gebrüllt, Löwe! Wo liegt Moskau, wo Leningrad?

Hagnau

Heraus zur öffentlichen Kundgebung für das Volksbegehren „Gegen Panzerkreuzerbau und Kriegsrüstungen“ am Sonntag, dem 7. Oktober, um 15 Uhr, am Ring. Referent: Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“ Genosse Dombrowski, Breslau.
Arbeiter von Stadt und Land erscheint in Massen!

Achtung! Sämtliche Parteiengenossen, KPD-Kameraden und alle Mitglieder der Roten Hilfe treten pünktlich um 14.30 Uhr am Viehmarkt an. Kapelle vollzählig. Transparente sind vorher, bis spätestens 14.15 Uhr, bei Genossen Schröda, Liegnitzer Straße 17, abzugeben.

Theaterabend in Gollschau. Am Sonnabend, dem 6. Oktober, veranstaltet die kommunistische Partei und der Rote Frontkämpferbund im Gasthaus „Zur Erholung“ einen Theaterabend. Anfang 20 Uhr. Es wird gegeben ein Theaterstück, betitelt: „Das Maschinen-gewehr“ und Rezitationen. Eintritt pro Person 10 Pf. Arbeiterinnen, Arbeiter aus Hagnau und Gollschau, erscheint recht zahlreich zu diesem Abend. Die gesamte Partei und der Rote Frontkämpferbund treten um 19 Uhr bei Schreiber an. Kapelle vollzählig.

Große öffentliche Volksversammlung in Hirschberg

Heute, Freitag, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, im „Berliner Hof“. Thema: „Das Volksbegehren und die Arbeiterfrage“. Ref.: Genosse Bollweber, M. d. L.
Arbeiter, Angekette, erscheint in Massen!



Der Lärm der Maschinen
ermuntere dich zur Werbung für Partei und Presse, zur Werbung für das Volksbegehren!